

## **7 Dringlichkeitsanträge**

***Beginn der Dringlichkeitsanträge: 17.00 Uhr***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf bitten, gleich zum ersten Dringlichen Antrag, die Frau Gemeinderätin Daniela Gamsjäger-Katzensteiner.

### **7.1 Petition – Übergewinnsteuer für Banken (GR<sup>in</sup> Gamsjäger-Katzensteiner, KPÖ)**

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Kürzlich titelte der Standard „Nirgendwo im Euroraum verdienen, so gut wie in Österreich“. Stellt sich natürlich die Frage, wie kommt es?

Grundsätzlich reagierte die EZB mit Leitzinserhöhungen auf die Preiserhöhungen der letzten Jahre zur Krisenbekämpfung der Inflation sozusagen. Während allerdings daraufhin die Sparzinsen an die Sparer:innen nur zögerlich weitergegeben wurden, sind variabel verzinsten Kredite teils sehr stark gestiegen. In Österreich ist die Anzahl variabel verzinsten Kredite im Vergleich zu anderen Euro-Ländern relativ hoch. Das heißt, man hat auf der einen Seite sprudelnde Gewinne für die Banken, immerhin € 14,1 Milliarden im Jahr 2023.

Auf der anderen Seite hat man Häuselbauer, die teilweise zu den anderen Belastungen, die es schon gegeben hat in den letzten Jahren, eben durch Preiserhöhungen für lebensnotwendige Güter, nun auch noch mit horrend höheren Zinsen zu kämpfen haben. Im schlimmsten Fall führt das dann dazu, dass das potentielle Eigenheim verkauft werden muss, und am Ende steht man dann vielleicht ohne Haus, aber noch immer mit Schulden da. Gleichzeitig sehen wir, dass wir beim

Bundesbudget die Maastrichtkriterien für drei Prozent nicht einzuhalten sein werden. Deshalb werden die Rufe nach Sparpaketen immer lauter, allerdings weiß man bis jetzt noch nicht so genau, wo gespart werden soll. Da halten sich alle Parteien ja eher noch bedeckt. Fest steht aber für die meisten Parteien, dass keine neuen Steuern eingehoben werden sollen. Ist die Frage, wie man das Budget dann sanieren wird. Auszugehen ist dann eher davon, dass es vielleicht zu einem Kahlschlag im Sozialbereich kommen wird und die Sanierung des Budgets auf den Rücken derjenigen Menschen passiert, die ohnehin jetzt schon aufgrund der Krisen der vergangenen Jahre mit dem Rückflug zur Wand stehen.

Wir sind stattdessen der Meinung, dass man sich dafür Geld holen könnte, wo es trotz Krisen große finanzielle Spielräume gibt und wo auch in der Krise Gewinne über Maß gestiegen sind. Dazu zählen eben zum Beispiel die Banken. Dies wäre auch im Interesse von uns in der Stadt. Wir haben ja heute schon diskutiert über die nicht vorhandenen Spielräume finanziell in gewissen Bereichen und da wurde auch schon eben darüber gesprochen, wichtige Projekte gegeneinander auszuspielen und so weiter.

Dementsprechend wäre natürlich, wenn wir uns das Geld dort holen, wo es jetzt reichlich vorhanden ist, auch wichtig, dass wir in der Stadt Mittel haben, zum Beispiel für Klimaschutz, aber natürlich auch für die Kinderbetreuung, für die Bildung, für Soziales, Kultur, Sport, Verkehr und so weiter und so fort. Dementsprechend bitte ich auch in unserem Sinne hier, dass wir hier alle wichtigen Projekte auch umsetzen können für ein besseres Leben der Bürger in unserer Stadt, diesem Antrag zuzustimmen, den ich jetzt stellen werde.

Ich stelle da namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag,**

zur dringlichen Behandlung:

Die Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, die Übergewinne der österreichischen Banken mit einer Sondersteuer zu beleben.

Ich bitte um Zustimmung.

**Originaltext des Antrages:**

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

*Die Bundesregierung wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die Übergewinne der österreichischen Banken mit einer Sondersteuer zu belegen.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Das ist nicht der Fall, doch Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler:**

Ich bin immer wieder dankbar, Grüß Gott, schönen guten Abend. Ich bin immer wieder dankbar, wenn wir im Gemeinderat so die ganz großen globalen Themen erörtern und am konkreten Beispiel ist es besonders reizvoll zu sehen, ein Beispiel für die sogenannte Hufeisen-Theorie. Denn Sie kennen das Hufeisen, das geht dann so wieder zusammen und das zeigt oft, dass ganz links und ganz rechts ganz nah beieinander liegen. Denn Sie wissen schon, wer als Erster bisher in Europa in der Umsetzung dessen tätig war, was sie gefordert haben, nämlich die Frau Meloni in Italien. Also die gemeinhin als Postfaschisten, Neofaschisten und was auch immer verunglimpft werden, die haben das nämlich ausprobiert und sind damit bisher ziemlich schiefbrucherlitten.

Ich möchte Ihnen erklären, warum wir, unsere Fraktion, wahrscheinlich bei dieser Petition nicht aufscheinen werden als Petitionsbefürworter. Erstens einmal würde ich glauben, und das wäre vielleicht überhaupt sinnvoll generell, wenn wir uns im

Gemeinderat der Stadt Graz verstärkt um kommunale Themen kümmern würden und nicht um irgendwelche kryptokommunistischen, gesamteuropäischen Themen.

Ich möchte Ihnen zu den Übergewinnen etwas sagen. Wenn Sie nämlich wissen wollen, woher die Übergewinne kommen, da muss man ein paar Jahre zurückblicken. Da gab es die Griechenlandkrise, da gab es die Eurokrise. Ich kann mich gut erinnern, tagelang war auf ZIB 1 und ZIB 2 kein anderes Thema beherrschend als der Euro ist in Gefahr, der Euro könnte immer schwächer werden und der Euro könnte zusammenbrechen. Dann kam irgendwann der berühmte EZB-Präsident Mario Draghi, mit seiner berühmten „Whatever it takes“-Rede, können Sie gerne nachgoogeln. Nämlich er hat gesagt: „Whatever it takes we will do, um den Euro sozusagen zu schützen.“ Und eine der Maßnahmen, die man da gesetzt hat, die man dann ein, zwei, drei Jahre lang durchgehalten hat, war das sogenannte „Quantitative Easing“, also die Ausweitung der Geldmenge. Wie macht man das? Die EZB emittiert Anleihen, die Geschäftsbanken müssen diese Anleihen kaufen und damit wird die Geldmenge erhöht. Das hat auch tatsächlich gewirkt. Wie Sie alle wissen, ist der Euro nicht zusammengebrochen und wir hatten eigentlich in den letzten Jahren bis Covid eine hervorragende Konjunkturlage. Dass jetzt die Banken immer noch diese Papiere von der EZB haben und wir in einer steigenden Zinslandschaft sind, hat dazu geführt, dass die EZB höhere Zinsen an die Geschäftsbanken zahlen muss. Das ist der ganze Hintergrund, warum es momentan zu sogenannten Übergewinnen kommt, die man nicht wegstreiten kann. Aber es ist gut, wenn wir über diese Übergewinne reden, dass wir uns daran zurückerinnern, dass wir alle sehr, sehr dankbar und froh sein können, dass Mario Draghi damals mit der EZB diese Politik eingeführt hat, um eben einen Zusammenbruch des Euro zu verhindern.

Wenn wir nun, und das ist eigentlich der Hauptgrund, warum wir dagegen sind und warum eigentlich so gut wie alle ernst zu nehmenden Ökonomen, bis auf Frau Blaha, dagegen sind, ist, dass wir natürlich ein verheerendes Signal setzen würden für alle Finanzmärkte. Wenn wir ein Zeichen setzen, okay, wenn uns irgendeine privatwirtschaftliche Struktur nicht gefällt oder wenn wir der Meinung sind, jetzt müssen wir ein bisschen eingreifen, dann machen wir einfach eine Sondersteuer und

saugen Gewinne ab. Also das ist, zwar verstehe ich, Ihr sozialistischer Grundgedanke, ist auch durchaus nachvollziehbar, dass Sie in Ihrer Überzeugung der Meinung sind, das ist richtig. Das wäre aber verheerend. Wohin das führt, hat man an der UdSSR, an der DDR, an der Tschechoslowakei, an vielen anderen, inklusive Jugoslawien, sozialistischen Staaten, gesehen.

Also ich würde Ihnen schärfstens abraten und ich glaube auch nicht, dass Ihr Dringlicher da auch irgendwie Erfolg haben wird. Sie können gerne die Petition nach Wien schicken, aber ich glaube nicht, dass irgendjemand das ernsthaft umsetzen wird. Denn was man eben wissen muss, ist, dass es natürlich eine Umgehungsmöglichkeit gibt. Die Geschäftsbanker können natürlich diese Mehrausgaben, diese Gewinnabschöpfungen wieder irgendwie auf die Kreditnehmer umlenken. Wenn Sie Zeitungen lesen und aufmerksam Zeitungen lesen, wissen Sie, dass wir in den letzten zwei Jahren enorme Probleme deswegen haben, weil leider Gottes die Kreditvergabe immer schwieriger wird und wir daher eine zu Boden liegende Baukonjunktur haben. Weswegen alle eigentlich danach lechzen, dass man endlich wieder den Kapitalmarkt erleichtert, damit wieder die Konjunktur in Gange kommt.

Also die Maßnahmen, die Sie vorschlagen, würden unter anderem zu einer weiteren Erschwernis für die Kreditgewährung führen, womit wir beim vielleicht interessantesten Punkt sind: Wer sind eigentlich die Banken, wer sind eigentlich die Eigentümer der Banken, die Sie sozusagen bestrafen wollen, indem Sie ihnen die Dividenden abzwicken? Da gibt es im Wesentlichen in Österreich drei große Bankengruppen. Die eine ist die UniCredit. Wenn Sie die UniCredit anschauen, werden Sie feststellen, die Muttergesellschaft ist die UniCredit in Italien, in Mailand. Wenn Sie dort wieder einmal auf die Website schauen, werden Sie feststellen, dass 97 Prozent der Aktien der UniCredit in Streubesitz sind. Was das heißt, ist, das sind nicht irgendwelche zigarrenrauchenden Zylinderkapitalisten, denen man die Kubons irgendwie abschneiden muss, sondern das sind Leute wie Sie und ich. Das sind Italiener, das sind Franzosen, das sind Europäer, das sind Deutsche, Österreicher, die sich als Altersversorgung gründen, eben Anleihen, Aktien von der UniCredit in irgendwelchen Fonds halten. Das heißt, das sind Privatpersonen, die nichts anderes

tun als sparen, damit sie dann im Alter keine Altersarmut haben. Dann kommen wir zu den beiden anderen Bankensektoren und Sie wissen schon, worauf das hinausläuft. Wir reden zunächst einmal von der Erste und Sparkassensektor. Das ist der größte Bankensektor Österreichs. Wissen Sie, wer der Eigentümer ist? Wissen Sie vielleicht nicht, aber das ist ein gemeinnütziger Verein, denn die Sparkassen sind eine gemeinnützige Einrichtung. Wissen Sie, was die mit den Gewinnen machen? Die stecken sie in gemeinnützige Projekte in Südosteuropa unter anderem. Dann haben wir noch den Raiffeisensektor. Beim Raiffeisensektor muss man wissen, der ist von unten nach oben organisiert. Das heißt, das sind kleine Genossenschaftsbanken in Tillmitsch und in Tischen und sonst irgendwo. Die halten sich gemeinsam eine Landesbank und die dann darüber eine Zentralbank. Das heißt, die, denen sie die Gewinne wegnehmen wollen, sind brave steirische, österreichische Genossenschafter, die halt Genossenschaftsanteile am Raiffeisen-Sektor haben.

Aus all diesen genannten Gründen, die ich versucht habe, in möglichst dringlicher Stringenz aufzubereiten, muss ich leider sagen, vielleicht überraschend, aber wir werden diesem Dringlichen nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin, ich kann mich eigentlich nur den Worten vom Stadtrat Riegler in vielen Bereichen anschließen und ihm Recht geben. Jeder der mich kennt, weiß, dass ich gerne Forderungen unterstütze, wenn sie konkret sind und wenn sie auch wirklich bis zum Ende durchgedacht sind. In Wirklichkeit ist keines dieser beiden Elemente bei dieser Forderung der Abschöpfung von Übergewinnen in irgendeiner Weise gegeben.

Was ist denn bitte jetzt genau ein Übergewinn? Da kann ich etwas anderes verstehen, da können Sie etwas anderes verstehen. Ich verstehe zumindest jetzt unter einem Übergewinn, dass ein Unternehmen ohne eine zusätzliche Arbeit einen Gewinn einstreicht durch die Marktumstände. Das ist jetzt meine Definition. Können wir uns darauf einigen, können wir uns nicht darauf einigen, aber der ganze Antrag geht eigentlich von einer Prämisse aus, nämlich, dass der Staat, die Politik in irgendeiner Weise entscheiden kann, welches Ausmaß an Gewinn sozusagen legitim wäre und welcher Anteil des Gewinns nicht legitim wäre. Das ist im Prinzip eine völlig unkonkrete Forderung, wenn man sagt, Übergewinne abschöpfen.

Und das zweite, was man doch irgendwie auch bedenken müsste, ist, wie einerseits die Konkretisierung, keine Frage, aber auf der anderen Seite, wie denkt man das zu Ende? Jetzt ist natürlich klar, die Banken sind das große Feindbild in jeder Hinsicht des kapitalistischen Systems. Jetzt nimmt man die Banken raus. Das ist eine Branche. Was macht man mit anderen Branchen, die auch durch zufällige Umstände Übergewinne erzielen? Und da gibt es Vielfachbeispiele. Nehmen wir die Tabakindustrie. In einer Rezession, auch in der Corona-Krise, ist mehr geraucht worden. Völlig ohne Zusatzarbeit haben die Tabakkonzerne mehr an Gewinn eingestrichen. Die Branche nimmt man jetzt aus. Kann man immer noch sagen, ok, das sind die Bösen? Nehmen wir die Pharmaindustrie. Durch die Corona-Krise und in den letzten Jahren parken die 15 größten Pharmakonzerne über € 580 Milliarden in Steueroasen. Die nächste Branche, die wir ausnehmen, wir haben uns eine rausgesucht, nämlich die Banken. Was ist mit Fluggesellschaften? Was ist mit Reiseunternehmen? In einer Rezession durch Umstände verdienen die Unternehmen weniger. In einer Boom-Phase verdienen sie mehr. Völlig ohne zusätzliche Arbeit. Und wenn man denn das Argument noch einmal weiterdenkt, dass man sagt, ok, Übergewinne müssten abgeschöpft werden, da müsste man auch hergehen und sozusagen Untergewinne in schlechten Phasen staatlich ausgleichen.

*Zwischenrufe*

Gemeinderat **Winter**:

Das ist ein völliger Wahnsinn, genau, und darüber könnte man natürlich diskutieren und da bin ich auch dagegen, keine Frage. Aber der springende Punkt ist, dass man nicht hergeht und in eine Rezession, weil wenn beispielsweise ein Reiseunternehmen weniger Umsatz macht durch Umstände, wo das Unternehmen selbst nichts dafür kann, die Zahlungen ausgleicht, passiert nicht, wenn es nicht systemrelevante Unternehmen sind.

In Wirklichkeit muss man das zusammenfassen, dass man sagt, ok, es ist ein Argument, es ist eine Forderung, die weder konkret ist, die weder zu Ende gedacht ist und die in Wirklichkeit nichts anderes als ein Zeugnis von wirtschaftlichem Analphabetismus ist, wie sie leider Gottes traurigerweise da uns im Rahmen von dem Antrag vorgetragen wird.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, möchtest du kein Schlusswort zur Dringlichkeit? Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).***

Dann darf ich bitten, Wortmeldungen zum Inhalt selbst. Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich die Antragstellerin zum Schlusswort bitten.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Danke für die Wortmeldungen. Die Hufeisen-Theorie dürfte in diesem Fall nicht aufgehen, weil der Herr Kollege Winter wird mit seiner Fraktion anscheinend nicht zustimmen. Abgesehen davon, ja, da geht es jetzt konkret um Banken, aber soweit ich



mich erinnere, hat die Bundesregierung unter ÖVP-Beteiligung auch für eine Übergewichtsteuer für die OMV, zum Beispiel, zugestimmt in Österreich. Also von dem her sehe ich jetzt auch diese, nur ganz linke und ganz rechte machen das irgendwie. Ein bisschen ein eigenartiges Argument, wie gesagt, ist auch passiert, und der ÖVP-Regierungsbeteiligung halt nicht bei Banken, sondern bei Energieunternehmen. Dann noch quasi man schwächt damit den Finanzsektor, da irgendwie die Banken, wie gesagt, die Gewinne sind sehr gut gesprudelt in den letzten Jahren und es hat sich dann auch gezeigt in den großzügigen Dividenden-Ausschüttungen, 2022 waren es 32 % der Banken der ATX-Konzerne, 2023 38 % und 2024 sind wir bei 53 %. Also dafür ist das Geld dann offensichtlich ja schon da. Sehe ich jetzt nicht, warum man mit einer Sondersteuer da jetzt die Banken massiv schwächen würde.

Grundsätzlich auch noch zu dem Thema, dass ja immer dann irgendwie gesagt wird, die Abgabenquote in Österreich sei ohnehin schon so hoch und keine neuen Steuern und so weiter. Da muss man sich einmal anschauen, wie die Abgabenquote in Österreich berechnet wird. Also nicht nur in Österreich, sondern allgemein, wie die Abgabenquote berechnet wird. Da werden nämlich die Abgaben, die Pflichtabgaben, durch das BIP dividiert. Zu den Abgaben zählen aber nur welche, die in öffentlich-rechtliche Institutionen sozusagen gehen, aber nicht welche, die in private Versicherungen gehen. Wenn dann immer die Schweiz oder die skandinavischen Länder als so vorbildlich diesbezüglich genannt werden, in der Schweiz zum Beispiel gibt es eine Pflichtversicherung im Gesundheitssystem bei privaten Versicherungen, ebenso bei der Pensionsversicherung. Da gibt es einen Mindestanteil vom Staat, aber da läuft auch ein Großteil über private Versicherungen. Das ist nicht in diesen Abgaben dann enthalten. Es schaut dann so aus, in Österreich wäre das massiv hoch, weil da eben zum Glück, sage ich, eben solche Dinge nicht zum Großteil über private Versicherungen laufen, sondern eben noch über den Staat geregelt werden. In anderen Ländern ist das nicht so. Es schaut aber dann auch so aus, als hätten die eine supertolle niedrige Abgabenquote. Ist aber nicht so, weil halt Pflichtabgaben an private Versicherungsträger bezahlt werden. Ob ich das in Österreich so will, weiß ich nicht, aber wenn man das dann eben bereinigt berechnet, liegen wir im Ranking zum Beispiel

nur einen Platz vor der Schweiz. Das nur dazu, weil, wie gesagt, dann immer von der großen Abgabenquotenbelastung in Österreich gesprochen wird.

Zum Thema: Wir sprechen hier über Allerwelts-Themen. Ich finde nicht, dass dieser Antrag ein Allerwelts-Thema ist, weil es geht ums Budget. Die ganze Sitzung geht schon wieder um das Budget. Der Herr Stadtrat Riegler hat heute eh noch nicht so viel beschwert, aber der Hohensinner über zu wenig Geld für die Bildung und so weiter. Ja, aber einer unserer größten oder die wichtigsten Einnahmen sind die Ertragsanteile, die bekommen wir vom Bund. Der Bund kann wiederum nur das verteilen, was er einnimmt. Deswegen ist das natürlich ein Thema, das uns hier in Graz betrifft. Was vielleicht dann weniger ein Thema ist, das uns hier in Graz betrifft, sind Ausritte in die Geschichte des Realsozialismus, wie sie der Stadtrat Riegler vorhin vorgetragen hat. Aber sei es darum, ich möchte auf jeden Fall noch einmal werben, wie gesagt, hier um Zustimmung für diesen Antrag. Ich finde es auch wichtig, dass das Thema eben thematisiert wird, weil es eben wirklich darum geht, unsere Staatskasse ist offensichtlich nicht gut gefüllt im Bundeshaushalt. Wir werden sehen, was da noch alles auf die Bevölkerung zukommt an Kürzungen, wenn die neue Regierung dann einmal steht. Und wie gesagt, im Sinne von uns allen, von uns Bürger:innen und von dem, was wir hier umsetzen wollen, bitte ich um Zustimmung. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf bitten, wer mit dem Antrag einverstanden ist, um ein Zeichen mit der Hand.

*Zwischenruf:*

Das wird knapp jetzt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gegenprobe, der Antrag ist somit angenommen.

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dann machen wir es noch einmal von vorne. Wer ist für diesen Antrag, damit der Herr Polz das genau zählen kann. Ist angenommen, der Antrag.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Philipp Ulrich. Hier geht es um Barrierefreie Checklisten für geförderte Veranstaltungen in Graz.

## **7.2 Barrierefreie Checkliste für geförderte Veranstaltungen in Graz (GR Ulrich, KPÖ)**

Gemeinderat **Ulrich**:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuhörer, werte Stadtregierung. Fast schon traditionell behandeln wir in diesem Haus Themen, die Barrierefreiheit, die Inklusion allgemein, die das Leben von Menschen mit Behinderung in dieser Stadt verbessern sollen.

Die Stadt lebt, sie pulsiert, sie hat ein riesiges Angebot an Events, Festivals, Veranstaltungen und wir haben ein großes Interesse daran, dass alle Menschen an diesen Veranstaltungen partizipieren sollen. Wo ein Wille ist, ist leider nicht immer ein Weg. Immer wieder erreichen uns Nachrichten von Veranstaltungen, die ein Mindestmaß an Barrierefreiheit oftmals nicht gewährleisten, nicht in böser Absicht, wie ich in meinem Motiventext auch ausgeführt habe, sondern oftmals auch aus Unwissenheit. Gerade heuer wissen wir von einer großen Veranstaltung, einem Musik-

Event im Grazer Volksgarten, wo Menschen mit Behinderung keine Chance hatten, ein Klo zu finden. Bei den Murinselgesprächen, die vor drei Wochen stattgefunden haben, gab es nachher die Idee, ob nicht Veranstaltungen, die von der Stadt Graz gefördert werden, im Sinne von einem Buffetzuschuss oder einer anderen Förderung, ob diese Veranstaltungen nicht publik machen sollen, für Menschen mit Behinderung, was diese Menschen letztendlich vor Ort erwartet. Wir haben uns dann Gedanken gemacht und uns dann auch mit Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern hin und her geschickt, und haben uns dafür entschieden, eine Art Checkliste im Sinne der Barrierefreiheit zu erarbeiten, beziehungsweise uns erste Gedanken darüber zu machen.

Diese Checkliste soll unter anderem Punkte für Veranstalterinnen und Veranstalter abfragen, wie: Wird die Veranstaltung sichtbar beschildert sein? Gibt es Behindertenparkplätze? Wie sieht es mit barrierefreien Toiletten aus, etc.?

Unsere Idee dahinter ist, dass Menschen mit Behinderung, die am gesellschaftlichen Leben partizipieren wollen, in dem Fall ihr Leben oder die Situation dann erleichtert wird, weil diese Veranstalterinnen und Veranstalter, die von der Stadt Graz auch Geld bekommen, sollen das nachher publizieren, diese Checkliste, die gemeinsam mit dem Behindertenbeirat der Stadt Graz, den Behindertenbeauftragten und natürlich unserem Inklusionsstadtrat gemeinsam erarbeitet werden soll.

Eine weitere schöne Tradition in diesem Haus ist auch, dass meine geschätzte Kollegin Conny meine Anträge immer sehr genau durchliest, sich Gedanken darüber macht und sie erweitert, verbessert manchmal natürlich auch. Haben wir in dem Fall heute auch diese Tradition wieder ganz schön mit einem Zusatzantrag, den wir natürlich gerne folgen werden.

Ich lese kurz noch den Antragstext vor: Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, möglichst gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten und dem Behindertenbeirat der Stadt Graz eine Checkliste „Barrierefreiheit für Veranstaltungen“ zu erstellen, welche weiterführend von allen Stellen an Veranstalter:innen gesandt wird, die um eine Förderung der Stadt ansuchen. Die zuständigen Stellen werden ersucht zu prüfen, ob und in welcher Form in der Förderrichtlinie geregelt werden kann, dass die von der Stadt Graz geförderten

Veranstalter:innen dazu verpflichtet werden, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche barrierefreien Maßnahmen der Checkliste bei der jeweiligen Veranstaltung umgesetzt werden.

Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion und bitte natürlich um breite Zustimmung. Vielen Dank.

**Originaltext des Antrages:**

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

- 1. Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, möglichst gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten und dem Behindertenbeirat der Stadt Graz, eine „Checkliste-Barrierefreiheit“ für Veranstaltungen zu erstellen, welche weiterführend von allen Stellen an Veranstalter:innen gesandt wird, die um eine Förderung der Stadt ansuchen.*
- 2. Die zuständigen Stellen werden ersucht zu prüfen, ob und in welcher Form in der Förderrichtlinie geregelt werden kann, dass die von der Stadt geförderten Veranstalter:innen dazu verpflichtet werden, die Öffentlichkeit darüber zu informieren (z.B. auf ihren Websites, Drucksorten etc.), welche barrierefreien Maßnahmen der Checkliste bei der jeweiligen Veranstaltung umgesetzt werden können.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die ist eindeutig gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zum Inhalt selbst wünscht hier das Wort, Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic.

Gemeinderätin **Leban-Ibrakovic**:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, danke dir, Philipp, du hast mich mit dem Antrag natürlich gewonnen. Natürlich ist das sinnvoll, ich bin auch selbst schon seit wirklich jetzt längerer Zeit dabei, bei Veranstaltungen anwesend zu sein, mir das anzuschauen, mich auch mit Veranstaltungen auszutauschen, genau das auch anzuregen. Und das passiert auch teilweise schon bei großen Veranstaltungen. Nachdem ich diese aber auch selber abhalte, weiß ich, dass man oft aber auch vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen steht, und deswegen ist es mir ein großes Anliegen gewesen, noch etwas zu ergänzen, nämlich, dass wir als Stadt Graz, die uns auch zur Inklusionsstrategie bekannt haben, wir selbst als gutes Beispiel und als sozusagen Best Practice-Beispiel vorangehen müssen, weil damit sehen wir auch, wo die Herausforderungen liegen. Und ich habe jetzt da so eine kleine Übersicht von ein paar meiner Anträge in den letzten drei Jahren mitgebracht, unter anderem sehr oft diese barrierefreie Gemeinderatssitzung versucht anzuregen mit unterschiedlichen Lösungsvorschlägen. Es ist bis heute noch nicht möglich gewesen, diese umzusetzen. Das heißt, dass auch Menschen, die eine Höherbeeinträchtigung haben, dieser auch folgen können. Es gibt da verschiedene Ansatzpunkte, es geht natürlich auch immer um Budget und es geht auch um eine Wertigkeit, die man dem Ganzen auch in der politischen Diskussion gibt. Ich könnte es jetzt noch ein bisschen weiter aufzählen. Es gibt auch eine Sache, die ich angeregt habe, nämlich die Zufahrt in der Innenstadt, die auch für mobil eingeschränkte Personen außerhalb der Ladezone gewährleistet werden muss. Das habe ich schon vor zwei Jahren eingebracht, da habe ich leider auch noch keine

Antwort bekommen, denn die können zum Beispiel jetzt nicht einmal bei Veranstaltungen bei der Urania teilnehmen oder noch sehr schwer teilnehmen. Es ist auch die Beauftragtenstelle für Menschen mit Behinderung in der Herrengasse direkt, das heißt, es gibt da wirklich viele Anliegen, die wir selbst als Stadt Graz und als Best Practice-Beispiel umsetzen können.

Dann inklusive Spielgeräte, das ist so eines meiner Lieblingsthemen, die ich auch schon in unterschiedlichen Varianten versucht habe anzuregen, wie zum Beispiel eine Rollstuhlschaukel. Da darf ich vielleicht noch einen kleinen Wink zum Rad-Bonus geben, der natürlich eine tolle Geschichte ist, aber man darf auch jene Leute nicht vergessen oder jene Kinder, die nicht Rad fahren können. Und da wäre es zum Beispiel auch eine Idee, dass man eventuell dort auch eine Maßnahme hinsetzt, nämlich jenen Kindern Freude zu machen, die eben auf das Rad fahren verzichten müssen, aber die vielleicht auch gerne einmal einen Spielplatz inklusiv besuchen würden, also eine Rollstuhlschaukel. Gibt es übrigens in Sarajevo einige, habe ich mir angeschaut, das ist eine ganz, ganz tolle Geschichte.

Dann die induktive Höranlage im Stadtsenatssitzungssaal, die eigentlich nur daran scheitert, an einem zweiten Mikrofon. Da bin ich auch schon viele herumgerannt, kam immer auch bei der Beiratssitzung von Menschen mit Behinderung, die gesagt haben, diese induktive Anlage ist leider nicht geeignet und es würde zumindest ein zweites Mikrofon schon Abhilfe schaffen. Das heißt, vielleicht könnte man das jetzt auch hier noch im Sinne deines Antrages in die Hand nehmen, umzusetzen, weil das sind auch wirklich sehr wenige Kosten, die da auf einen zukommen, und Tastpläne beziehungsweise taktile Leitsysteme für unsere Gebäude, damit auch Veranstaltungen gut stattfinden können. Ich selbst mache eben Veranstaltungen auch. Ich muss die dann mühsam als Veranstalter selbst erstellen. Es ist a sehr teuer, b eigentlich ein Aufwand, den man einmal machen könnte, und damit ist die Sache erledigt. Dann könnten es verschiedene Veranstalter nutzen. Das heißt, ich bemühe mich wirklich redlich, was auch selbst in meinem Wirkungsbereich, in der Privatwirtschaft ist, aber es ist wirklich mit Herausforderungen verbunden. Deswegen glaube ich, dass wir als Stadt

Graz hier auch bei verschiedenen Projekten speziell den Fokus legen sollten und uns da selbst an der Nase nehmen sollten.

Deswegen stelle ich den Zusatzantrag und danke, lieber Philipp, dass du dem schon eine Zustimmung vorausgesagt hast. Damit darf ich den

**Zusatzantrag**

im Sinne des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen. Die zuständigen Abteilungen sollen prüfen, wie eine barrierefreie Gemeinderatssitzung und insbesondere deren Livestream umgesetzt werden kann und dem zuständigen Ausschuss bis zur Sitzung im Jänner zumindest einmal einen Bericht vorzulegen, woran es scheitert oder wie man es machen könnte.

Alle Abteilungen, Punkt 2, der Stadt mögen prüfen, ob sie bereits barrierefrei sind und einen Plan für weiterhin mehr Barrierefreiheit entwickeln, damit wir wissen, was wir überhaupt brauchen.

Und Punkt 3, insbesondere die Veranstaltungsorte der Stadt Graz, sollen einen Bericht vorlegen, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Veranstaltern die Umsetzung von Barrierefreiheit zu erleichtern beziehungsweise zu ermöglichen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

***Originaltext des Antrages:***

*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den*

***Zusatzantrag:***

- 1. Die zuständigen Abteilungen sollen prüfen, wie eine barrierefreie Gemeinderatssitzung und insbesondere deren Live-Stream umgesetzt werden kann. Dem zuständigen Ausschuss ist bis zur Sitzung im Jänner ein Bericht vorzulegen.*
- 2. Alle Abteilungen der Stadt mögen prüfen ob sie bereits barrierefrei sind und einen Plan für weiterhin mehr Barrierefreiheit entwickeln.*



3. *Insbesondere die Veranstaltungsorte der Stadt Graz und deren Beteiligungen sollen einen Bericht vorlegen, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Veranstaltern die Umsetzung von Barrierefreiheit zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Gemeinderat Tristan Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtssenat, werte Zuseher:innen, lieber Antragsteller, lieber Philipp und liebe Conny. Vielen Dank für diese wichtigen Anträge. Ich kann auch gleich vorwegschicken, dass auch wir dem Zusatzantrag natürlich zustimmen werden. Inklusion ist kein nice to have, Inklusion ist eine Pflicht, die es zu erfüllen gilt, gerade als öffentliche Hand, aber auch als Gesellschaft. Danke eben deshalb für diesen Bogenschlag von der öffentlichen Hand hin zu den privaten Veranstaltern, denn es müssen sich beide committen. Die Idee, das in Förderverträge mit aufzunehmen, eine solche Checkliste, finde ich ganz wunderbar. Denn gerade eben das Beispiel, das du, lieber Philipp, in dem Antrag hast, Event in den Parks, da wird so etwas gerne einmal vergessen. Und vergessen tut man ja generell nur Dinge, die nice to have sind, denn wenn etwas verpflichtend ist, darauf darfst du nicht vergessen, sonst bekommst du ein Problem. Inklusion muss Pflicht und Priorität für uns alle sein und ich finde es immer wieder schön, wenn wir hier im Gemeinderat über alle Fraktionen darüber ein ernstes Commitment dorthin zeigen und auch in der Umsetzung das an den Tag legen.

Zum Zusatzantrag: Punkt 1 gefällt mir ja auch wirklich besonders gut. Das sollte man bald in Angriff nehmen. Es wird wahrscheinlich nicht ganz ohne Ressourcen möglich sein, eine Sitzung barrierefrei zu übertragen, aber das muss es uns wert sein, denn es ist eine Pflicht, die wir zu erbringen haben.

Punkt 2 ist, glaube ich, eigentlich die Inklusionsstrategie selbst, die ja alle Abteilungen verpflichtet, sich dieser Frage zu widmen. Der dafür zuständige Beauftragte, der sehr engagiert dabei ist, wird sich sicher freuen, das auch weiter voranzutreiben, denn es ist nun mal so, es muss ständig einverlangt werden, dass Abteilungen, dass Zuständige, dass einzelne Stellen sich immer wieder dieser Frage widmen müssen, ob sie barrierefrei sind, ob sie inklusiv sind und diese Frage kann ja auch nie abschließend beantwortet werden, weil es gibt kein Ziel, wo man dann die Inklusion erreicht hat und dann gratuliert man sich, klopft sich auf die Schultern und das war es, sondern Inklusion ist etwas, das die ganze Zeit neu verhandelt werden muss und auch neue Maßnahmen erfordert.

Punkt 3 im Zusatzantrag, insbesondere die Veranstaltungsorte der Stadt Graz und deren Beteiligten, soll einen Bericht vorlegen. Ja, unbedingt sind wir auch voll dabei, warum eigentlich nicht schon längst, und in dem Sinne freue ich mich über zwei tolle Anträge und wir werden da natürlich mitgehen. Danke.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Gemeinderat Ulrich zum Schlusswort bitten.

**Gemeinderat Ulrich:**

Eine weitere schöne Tradition ist die Einstimmigkeit solcher Anträge. Gefällt mir sehr. Der Tristan hat zu Recht gesagt, es ist kein nice to have. Er hat gesagt, es ist Pflicht und Priorität. Dieser Antrag richtet sich natürlich auch an Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention, weil da steht das eigentlich schon drin, dass wir das machen sollten. Vielleicht geben wir dem Ganzen einen zusätzlichen Boost, er ist natürlich auch im Sinne unserer Grazer Inklusionsstrategie.

Es gibt schon ein bisschen Vorbildfunktionen. Linz hat so einen Veranstaltungskalender online bereits, wo Barrierefreiheit angezeichnet ist. Vielleicht könnte man da einmal

ein bisschen nachfragen, wie die das machen. Er dient natürlich auch, dieser Antrag, zu einer Art zusätzlichen Sensibilisierung, weil wenn ich einem Veranstalter, und wie schon gesagt, die sind ja nicht böse oder so, die machen das ja nicht in segregierender Absicht, wenn ich einem Veranstalter in Zukunft diese Checkliste zukommen lasse und der sieht das, dann machen sich diese Menschen natürlich dann auch Gedanken über Inklusion.

Liebe Conny, was die Rollstuhlschaukel betrifft, du weißt, wir haben öfter beim Kaffee trinken schon darüber geredet, du weißt, ich hätte sie auch sehr gerne, kämpfen wir eh beide darum. Ich wollte nur sagen, das ist jetzt kein Spezifikum der jetzigen Koalition. 2018 hat mein Kollege Christian Sikora bereits einen inklusiven Spielplatz gefordert, der ist auch einstimmig angenommen. Ist auch noch keine Rollstuhlschaukel gekommen. Nehmen wir es in Angriff einfach.

Vielen Dank liebe Kollegin und Kollegen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Der ist einstimmig angenommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

Wir kommen zum Zusatzantrag von Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Ist ebenso einstimmig angenommen. Vielen Dank.

***Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.***

Nächster Dringliche Antrag, von Frau Clubobfrau Ana Hopper, behandelt den öffentlichen Verkehr.

### **7.3 SOS Öffentlicher Verkehr (CO GR<sup>in</sup> Hopper, ÖVP)**

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, die noch dabei sind. So eine Einstimmigkeit wäre auch in dieser Sache total wünschenswert. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir das heute erreichen werden. In meinem Antrag geht es um den öffentlichen Verkehr, der essentiell für umweltverträgliche, sozial gerechte und städtische Mobilität ist.

Wir haben festgestellt, dass es verschiedene Dinge gibt, die Verlagerungseffekte im öffentlichen Verkehr mit sich bringen, wie beispielsweise das KlimaTicket, aber auch die Tatsache, dass wir in unserem Ballungsraum und als Universitätsstandort nach wie vor weiterwachsen. Vor diesen Hintergründen ist es ganz besonders darauf zu achten, dass sprichwörtlich der öffentliche Verkehr nicht außer Takt gerät. Vor allem, und das möchte ich an dieser Stelle schon sagen, wenn man eine aktuelle Verkehrspolitik hier in der Stadtkoalition vorfindet, die durch gezielte Push-Maßnahmen den Anschein hat und teilweise auch direkt darauf abzielt, den Individualverkehr zunehmend entweder zu erschweren oder bis zu einem gewissen Grad auch zu verunmöglichen. Und vor diesem Hintergrund glaube ich, ist es ganz, ganz wichtig, dass man die Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel im Blick hat und dass diese steigt und nicht sinkt, wie es aktuell bei uns in Graz der Fall ist.

Die Linien Graz und ihre Fahrgäste haben mit regelmäßigen Abständen jetzt aktuell mit Ausfällen zu tun, mit liegen gebliebenen Fahrzeugen zu tun, mit überfüllten Garnituren, mit massiven Verspätungen, nicht einhaltbaren Anschlusszeiten an den verschiedenen Knotenpunkten und auch mit überdurchschnittlich langen Wartezeiten zu kämpfen. Das alles ist mitunter auch darauf zurückzuführen, und das haben alle von uns mitbekommen, dass in der Vergangenheit in den letzten Wochen und Monaten eine Serie von Straßenbahnunfällen dazu geführt hat, dass Straßenbahnen auch kaputtgefahren wurden und jetzt nicht mehr einsatzfähig sind und dass offensichtlich keine adäquaten Ersatzfahrzeuge zur Verfügung stehen. Um den Fahrbetrieb

aufrechtzuerhalten, verkehren nämlich aktuell bei uns in der Stadt Bahnen, die nicht barrierefrei sind. Das habe ich selber regelmäßig mit dem Buggy jetzt schon feststellen müssen und über sehr geringe Passagierkapazitäten verfügen. Beispielsweise, und das ist etwas, was uns jetzt bei der genaueren Betrachtung noch einmal aufgefallen ist, dass in unserer Stadt aktuell die Straßenbahnen der Bauweise GVB 500 Baujahr 1978, war ich noch nicht auf der Welt, einige die da sind schon, einige aber auch nicht. Also die hochflurigen Gelenktriebwagen, das ist ein sehr sperriges Wort, aber wir kennen sie alle, die alten Straßenbahnen, die eben keine ebenerdige Geschichte haben, sondern nur die Stiegen, wo Rollstühle nicht einsteigen können, Menschen mit Gehbehinderungen nicht einsteigen können, Kinderwagen auch nicht einsteigen können. Und dieser Typus, und das sei an dieser Stelle auch gesagt, ein Ähnlicher davon, wird in Wien gerade sukzessive aus dem Straßenbahnnetz genommen. Ähnliches gilt auch für die Serie GVB 600. Das ist für alle jene, die sich nicht intensiv mit den Straßenbahnen beschäftigen, die Version der alten Straßenbahnen, die dann diesen kleinen Hängebauch hat, wird, glaube ich, liebevoll auch Hängebauchschweine genannt bei den Graz Linien. Die sind übrigens seit 1986 im Einsatz. Auch da war ich, und wie viele andere hier im Raum, noch nicht auf der Welt. Bei diesen Fahrzeugen ist aktuell eine sehr, sehr tragische Problematik. Das glaubt ja grundsätzlich da draußen uns niemand, dass es nämlich keine Ersatzteile mehr dafür gibt und die Reparatur dieser Straßenbahnen in dieser Form aktuell auch nicht möglich ist. Ich meine, das ist eigentlich ein Armutszeugnis für uns.

An anderen Orten wird die Schnelligkeit und der Komfort in den Fokus gerückt und geschaut, dass man wirklich gut in den Straßenbahnen fährt, dass es auch angenehm ist, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. In Graz ist es leider so, dass die Klimaanlage in den Straßenbahnen teilweise hoffnungslos überfordert sind, beziehungsweise teilweise nicht funktionieren, dass gebrochene Stühle vorhanden sind. Das es teilweise, und die Videos kursieren immer wieder bei Starkregenereignissen im Netz und auf den verschiedensten Seiten und gehen viral, dass es hineinregnet in unsere Straßenbahnen. Das ist alles andere als ein sicheres und angenehmes Fahrerlebnis.

Dazu kommen aber nicht nur die Tatsachen, dass die Straßenbahnen ein bisschen veraltet sind, sondern auch verkehrspolitische Maßnahmen, die dazu beitragen, dass es einfach zu Verspätungen, zu massiven Verspätungen kommt. Beispielsweise die Ampelrichtung an der Moserhofgasse oder auch die Tatsache, dass in der Marburger Straße durch die Unfallhäufigkeit, die durch diese Poller, die sehr, sehr oft zu Recht auch schon hier thematisiert wurden, durch die Unfallvorkommnisse und die Staus, die dadurch entstehen, auch die Linie 6 immer wieder massiv verzögert ist und Wartezeiten jenseits der 15 Minuten Marke vorweisen muss. Als Fahrgast bekommt man nämlich mittlerweile der Eindruck vermittelt, dass gerade alle Fahrzeuge unterwegs sind, die nicht ohnehin schon fix im Tramway Museum montiert worden sind. Das kann es wirklich nicht sein. Leidtragende sind die Fahrgäste, ist das Image des öffentlichen Verkehrs, sind die Fahrerinnen und Fahrer, die ich hier ganz bestimmt nicht in die Pflicht nehme, sondern das Problem liegt ganz woanders und auch die Holding Graz Linien. Die Linien selbst, haben aber dafür gesorgt, dass wir die Straßenbahnen, die wir jetzt zuletzt bestellt haben, auch haben und auch eine Option nach wie vor offen ist, also auch da liegt das Problem nicht.

Ich möchte zu den bestellten Straßenbahnen an dieser Stelle auch noch sagen, weil manchmal, man wird jetzt auf der Straße – wir sind ja jetzt doch alle sehr massiv auf der Straße unterwegs - auf die Straßenbahnen angesprochen, und die neuen Straßenbahnen die jetzt kommen sind keine Ersatzstraßenbahnen für die, die jetzt gerade kaputt sind, sondern uns ist ja allen bekannt, dass die für die Erweiterung der Straßenbahnnetzes nach Reininghaus sind, für Linie 5 und auch die Innenstadtentlastung.

Um die Sicherheit aber zukünftig auch im Fahrbetrieb tatsächlich garantieren zu können, glaube ich, ist es wichtig, einen modernen, schnellen, komfortablen und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr zu haben. Einen, der, wenn man schon die ganze Zeit den Individualverkehr aussperrt, auch mit dem im Wettbewerb treten kann, einen öffentlichen Verkehr hat, der da mithalten kann, der angenehm ist umzusteigen, und da muss wirklich zeitnah gehandelt werden. Vor diesem Hintergrund darf ich folgenden

**Dringlichen Antrag**

seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs einbringen:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen einen Bericht erarbeiten mögen, über einen Fahrplan über die Aktivitäten der Holding im Zusammenhang mit der notwendigen Fuhrparkerneuerung, Ersatzbeschaffung der irreparablen Fahrzeuge vorzulegen ist. Die zuständigen Stellen werden ersucht, einen Bericht über die Ziehung der Option auf die weiteren 40 Straßenbahnen der Firma Alstom - waren bereits ihrem Gemeinderat Thema - im ersten Quartal vorzulegen, wann das geplant ist, was hier der aktuelle Stand ist.

Als drittes, die zuständigen Stellen mögen bitte prüfen, welche Gründe für die Unfallhäufungen der Straßenbahnen zugrunde liegen und entsprechende Gegenmaßnahmen auch zum Schutz der Fahrgäste, Verkehrsteilnehmer:innen und natürlich nicht zuletzt der Fahrerinnen und Fahrer einzuleiten.

Ich bitte um Zustimmung im Sinne der Sicherheit in unserem Verkehr in Graz.

***Originaltext des Antrages:***

*Im Sinne des Motiventextes stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden*

***Dringlichen Antrag:***

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht einen Bericht und Fahrplan über die Aktivitäten der Holding im Zusammenhang mit der notwendigen Fuhrparkerneuerung und Ersatzbeschaffungen der irreparablen Fahrzeuge vorzulegen.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht einen Bericht über die Ziehung der Option auf weitere 40 Straßenbahnen mit der Firma Alstom, im ersten Quartal 2025 vorzulegen.*
- 3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Straßenamt und Verkehrsplanung) werden beauftragt zu prüfen, welche Gründe für die Unfallhäufungen der Straßenbahnen zu Grunde liegen und entsprechende Gegenmaßnahmen zum*

*Schutz der Fahrgäste, Verkehrsteilnehmer und nicht zuletzt der Fahrer  
einzuleiten*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf um Wortmeldungen bitten, zur Dringlichkeit. Bitte, Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Liebe alle, liebe Antragstellerin, danke für diesen Antrag. Das ist ein sehr wichtiges Thema, den öffentlichen Verkehr, speziell auch den Fuhrpark hier zu adressieren. Das Anliegen teilen wir natürlich an sich, für uns ist es aber nicht erst seit heute dringlich, sondern eigentlich seit dem Tag, wo wir da auch eine Verantwortung in dem Bereich übernommen haben als Koalition. Dass die Straßenbahnen altern, ist ja jetzt nicht besonders neu. Also du hast angesprochen, es gibt Wagen, die sind seit den 70er Jahren bei uns unterwegs und es ist eigentlich seit mindestens zehn Jahren klar, dass da wirklich Handlungsbedarf besteht. Es wurde da halt längere Zeit zu wenig getan. Es ist dann Gott sei Dank 2021, muss man sagen, auch noch vor der Wahl etwas passiert, dass man hier auch in Richtung einer Ausschreibung gegangen ist. Beschlossen haben wir das dann ja im Mai 2023 hier, dass wir jetzt einmal 15 Straßenbahnen bestellen, um eben diesem akuten Mangel, den es da gibt, um dem zu begegnen. Ich frage mich da schon, warum hat die ÖVP damals dagegen gestimmt. Also das ist mir bis heute nicht ganz klar. Vielleicht kannst du uns das erklären, warum man gegen die Anschaffung der Straßenbahnen gestimmt hat. Es geht dann ja auch darum, dass die Remisen und auch die Werkstätten ausgebaut werden. Auch da wird es einige Beschlüsse geben. Also da wird ja auch eher dagegen polemisiert, das passt dann auch nicht ganz zusammen. Also die brauchen wir ja natürlich, wir brauchen dann mehr Remisen, wir brauchen moderne Werkstätten, um das auch entsprechend abwickeln zu können.



Du hast die Verspätungen angesprochen, warum gibt es diese Verspätungen? Ja, mag sein, dass da jetzt die eine oder andere Maßnahme nicht ganz in dem Sinne funktioniert, wie sie funktionieren sollte, aber das große Problem ist der Autoverkehr. Jeder, der in der Münzgrabenstraße regelmäßig unterwegs ist, weiß das. Es war in der Leonhardstraße so, da haben wir jetzt Gott sei Dank eine Verbesserung erzielt durch diese Maßnahmen, die dort passiert sind. Also dort sind die Stauursachen andere und ansonsten kann es jeder am Hauptplatz regelmäßig lesen: Viel Stau in Graz, viele Buslinien sind verspätet. Also das ist deswegen, weil da die gleichen Trassen genutzt werden und dann eben nicht genug Platz ist für einen schnellen ÖV.

Ganz konkret zu den Punkten, ich mache das gleich mit: Wir haben hier die drei Fragen. Das eine ist ja, wie schaut es aus mit den Aktivitäten im Zusammenhang mit der Fuhrparkerneuerung. Die Straßenbahnbestellungen, die 15 sind ja bekannt und es stimmt eben auch, es müssen im zweiten Quartal 2025 diese bis zu 40 Fahrzeuge dazu bestellt werden, sonst gibt es Unterbrechungskosten. Also das ist sonnenklar. Es geht dann darum, einen Gemeinderatsbericht zu erstellen, im zweiten Punkt. Der wird bereits erstellt, also da ist bereits die Verkehrsplanung daran in Arbeit. Das Dritte ist diese Frage der Unfälle. Das wird natürlich analysiert von Seiten der Holding Graz. Wir haben uns da noch einmal informiert, es gibt da jetzt kein Muster. Es gibt grundsätzlich bei jedem Unfall eine Analyse, es gibt hier jährliche Schulungen dazu und was auch neu kommen wird, ist ein kamerabasiertes Kollisionsvermeidungssystem, das dann eben bei Risiken warnt und gegebenenfalls auch automatische Bremsungen einleitet. Das heißt, das, was hier jetzt gefordert wird, wird bereits gemacht. Insofern ist es jetzt nicht dringlich, weil es eben schon alles in Arbeit ist und wir hoffen natürlich dann aber auch auf breite Unterstützung, wenn es die nötigen Gemeinderatsbeschlüsse dafür braucht, und freuen uns dann, wenn die dann auch tatsächlich realisiert werden. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Lenartitsch.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, lieber Zuseher, liebe Antragstellerin, ich weiß nicht, ob ich das sagen kann, danke für den Antrag, nein, leider nicht, weil es halt ein Gebiet trifft oder ein Gebiet umschreibt, beschreibt, das mich sehr trifft.

Wenn da angeführt wird, dass das KlimaTicket zu überfüllten Straßenbahnen oder überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geführt hat, ist es nur bedingt richtig. Die Aktion ist natürlich dafür da, dass die Leute umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel, aber die Fahrgastzahlen sind die, die wir vor der Pandemie hatten. Wir sind leicht drüber, sprich, was vielleicht jetzt ein subjektives Wahrnehmen ist, von jedem Einzelnen, wo man halt vorher vielleicht noch 2019 Schulter an Schulter gestanden ist, wo es jedem wurscht war, aber seit dieser Pandemie, man hat einen entsprechenden Abstand vielleicht auch im öffentlichen Verkehrsmittel haben möchte. Das ist halt bei der gleichen Fahrgastauslastung nicht mehr möglich.

In diesen Zeilen wird angeführt, dass es so quasi zu regelmäßigen Ausfällen kommt. Grundsätzlich möchte ich einmal sagen, dass jeden Tag, in den letzten Monaten, jeden Tag, alle unsere Fahrzeuge ausgefahren sind. Dort hat es keine Straßenbahn und keinen Bus gegeben, der ausgefallen ist. Wenn natürlich ein Fahrzeug herausfährt und nach einer halben Stunde, einer Stunde ein technischer Defekt ist, da kann man nichts dafür. Und dass man halt bei einer Straßenbahn nicht mit einer anderen daran vorbeifahren kann, ist halt einmal gegeben, weil es schienengebunden ist. Beim Autobus geht es leichter, aber hier werden auch alle Fahrgäste wissen, dass es einen Schienenersatzverkehr dann gibt, so schnell und so bestmöglich, dass wir es mit den restlichen Fahrzeugen abdecken können.

Die Qualität der Fahrzeuge, die du schon leicht museumsreif bezeichnest, sind erst, zumindest die Baureihe 500 und 600, vor einigen Jahren ertüchtigt worden, um eben diesen Umstand, weil, und das hat der Kollege Kozina-Voit schon ausgeführt, schon natürlich 2021 in der vorigen Regierung der Beschluss gefasst wurde, sich neue Fahrzeuge anzuschaffen. Aber jeder weiß, wenn er ein Fahrzeug hat, dass man das einfach rechtzeitig machen muss, und das hat man einfach vorher verabsäumt und

jetzt sind wir in dem Dilemma drinnen, dass wir jetzt einmal 15 Straßenbahnen kaufen und in weiterer Folge die Option ziehen müssen, 40 weitere anzuschaffen.

Die Barrierefreiheit, diese Misere teile ich nicht mit dir, liebe Anna Hopper, weil auf den Stellen der Haltestellen angeführt ist, dass, wenn jetzt gerade keine Straßenbahn die barrierefrei ist, einfach die nächste angeführt ist. Und da kann man sich das schon einteilen, wenn man sagt, ok, es fällt einmal eine aus, dann fahre ich einfach fünf Minuten später mit dieser Straßenbahn weiter. Es werden die Straßenbahnen dann so eingeteilt, dass es eben immer zu regelmäßigen barrierefreien und vielleicht einmal nicht barrierefreien Straßenbahnen kommt.

Ich sehe schon, die Zeit wird knapp. Was die Unfälle betrifft, möchte ich da bitte eines vorausschicken: Das sind nicht Unfälle, die das Fahrpersonal verursachen oder vielleicht nicht ausschließlich. Kann schon passieren, man übersieht einmal etwas. Jeder, der mit dem Rad fährt oder mit dem Auto fährt, dem kann auch etwas passieren. Aber was zum Tragen kommt für die Ausfälle, sind Stoppunfälle, sprich Fahrgäste - man kann ihnen zuschauen - halten sich nicht an drinnen. Sie haben ein Telefon in der Hand, sie haben die Ohrstöpsel drinnen, dann bremst das Verkehrsmittel und irgendeiner kommt zu Sturz. Aufgrund dessen gibt es sehr, sehr viele Ausfälle und das kann man jetzt weder den Linien noch vielleicht der Stadtregierung, weil sie zu spät irgendwelche Fahrzeuge beschafft, zuschreiben, sondern alleine dem Verhalten der Fahrgäste. Ich glaube, dahin sollten wir vielleicht noch ein bisschen mehr sensibilisieren, damit auch die Fahrgäste und auch vielleicht der andere Individualverkehr ein bisschen mehr Rücksicht nimmt und schaut, wenn eine Straßenbahn oder ein Bus daherkommt, dass man denen auch respektvoll begegnet und nicht schnell kurz umschneidet und sagt, ich bin dann eh weg, weil dem, der drinnen umfällt, dem tut es weht und dann haben wir das Problem. Deshalb können wir deinem Dringlichen Antrag leider auch nicht zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin, danke für deinen Antrag, also wir werden den jedenfalls unterstützen. Man hat vorhin wieder denken müssen, wie der Herr Kollege Kozina-Voit gesagt hat, das Auto ist das Problem, ja, das sehen die Menschen da draußen nicht so. Ich habe gerade letztens, ich fahre sehr viel mit dem Bus, mich auch geärgert, weil der Bus halt drei Minuten zu früh gefahren ist, und dann denke ich mir, wenn ich jetzt nicht die Zeit habe und wenn man sich ärgert und sieht, es fährt drei Minuten vorher das Vehikel vorbei, dann denkt man sich: „So gut sind die Öffis nicht“. Natürlich fährt nicht jeder gerne in einem überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel, nicht jeder fährt gerne mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, dass dann vielleicht auch nicht so komfortabel ist, wie das eigene Auto. Ab und zu geht es auch nicht.

Ich hatte letztens einen Termin gehabt in der Innenstadt nach Liebenau. Ich bin da mit dem Auto gefahren, habe ewig gebraucht. Mit dem öffentlichen Verkehrsmittel hätte ich wahrscheinlich das Doppelte an Zeit gebraucht. Also Graz hat halt irgendwie ein Problem, wo ich es Ihnen das nicht alleine anlasten. Sie sind drei Jahre am Werk. Da kann man nicht alles lösen. Man kann auch nicht immer die direkten Vorgänger verantwortlich machen. Ich glaube schon, dass man, ich sage vor einer geraumen Zeit, das haben wir in dieser Periodischen auch oft erörtert, vor vielen, vielen Jahren, vor einigen Jahrzehnten hat man die grundlegende Weichenstellung nicht gesetzt. Da hat man kein großes Projekt in Angriff genommen, man hat die Stadt halt weiterwachsen lassen. Das sind die Fehler der Vorgängergeneration, und die müssen wir jetzt ausbaden. Warum man sich jetzt aber gegen einen grundvernünftigen Antrag stellt und sagt: „Na, wir sind da nicht dafür“, verstehe ich nicht. Das ist halt, man will der Opposition keinen Erfolg gönnen. Gut, dann ist das halt Ihre Art, Politik zu machen. Finde ich schade, weil an dem Antrag kann man eigentlich nichts aussetzen, wir werden dem zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat Eber, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Ich sage sehr wohl danke für diesen Antrag. Er zeigt mir zumindest eines, nämlich dass auch du beziehungsweise deine Parteihüter dem öffentlichen Verkehr stehen und das ist natürlich wichtig, dass wir da gemeinsam auch an einem Strang ziehen und die Notwendigkeit und Wichtigkeit des öffentlichen Verkehrs, ob Straßenbahn, Busse und so weiter auch anerkennen.

Wie gesagt oder wie schon die Kollegen Lenartitsch und Kozina-Voit gesagt haben, wird es wohl keine Zustimmung der Koalition zur Dringlichkeit geben. Ich möchte aber dennoch ein paar Punkte, ein paar Fragen, die du aufgeworfen hast in diesem Antrag, versuchen, zusätzlich zu dem, was da jetzt schon gekommen ist, vielleicht noch zu beantworten. Also zunächst einmal, es ist eh schon gesagt worden, 2019, 2020 hat es ja bereits die Testfahrten gegeben, europaweite Ausschreibung und Bieter-Verfahren, ein mehrstufiges, was ja auch sehr notwendig war, damit man eben die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt, weil ja die Variobahn da einige Probleme gehabt hat und deswegen hat man da sehr strenge Vorgaben auch von Anfang an gemacht und eben auch die Testfahrten dann durchgeführt.

Nunmehr ist es so, dass ja auch die Option, natürlich die Ziehung der Option im Raum steht, im ersten Quartal 2025 sollen wir da einen Bericht vorlegen, das werden wir sehr gerne machen. Wir können es jetzt noch nicht machen, weil es da laufende Gespräche natürlich gibt zwischen der Holding einerseits und der Firma Alstom andererseits. Da möchte ich an dieser Stelle auch dem Mark Perz und dem Wolfgang Malik mit ihren jeweiligen Teams dafür danken, dass sie da diese Gespräche führen.

Es gibt da ja noch einige offene Fragen, also beispielsweise: Kommen die Straßenbahnen, die wir bestellt haben, rechtzeitig, egal ob ja oder nein. Wenn wir die Option schon im Frühjahr 2025 ziehen würden, würde das auf alle Fälle bedeuten, dass

wir bis zu 40 weitere Straßenbahnen bestellen, ohne dass jetzt eine im Echtbetrieb sozusagen auf den Grazer Straßenbahnnetzen unterwegs ist. Ja, wie gesagt, da wird es noch weitere Gespräche geben. Wir sind da auch zuversichtlich, dass wir zu einer guten Lösung kommen werden.

Vieles ist, wie gesagt, von Manuel und Christian bereits gesagt worden. Ich möchte nur vielleicht noch eines ergänzen: Es gibt ja auch immer wieder Befragungen von der Holding, beauftragt sozusagen, wie zufrieden sind denn die Kunden und Kundinnen eigentlich. Insgesamt geben uns die Kundinnen und Kunden eine 2,5 nach dem Schulnotensystem. Das heißt, es ist Verbesserungsmöglichkeit da, aber es ist jetzt auch keine schlechte Note. 61 % sind zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Fahrplan und immerhin 69% - das wundert mich ja selber fast - sind zufrieden oder sehr zufrieden mit den Fahrzeugen hinsichtlich der Ausstattung und der Barrierefreiheit. Also das sind durchaus positive Ergebnisse.

Ein letzter Satz vielleicht noch, weil das im Motivbericht zumindest angesprochen worden ist: Remise Steyrergasse. Da möchte ich schon sagen, nein, es handelt sich nicht um ein Prestigeprojekt, kein Prestigeprojekt der Stadtregierung, der Vizebürgermeisterin oder von wem auch immer, sondern es ist ein notwendiges Projekt. Manuel hat es schon gesagt, wir müssen ja die Straßenbahnen irgendwo unterstellen und abstellen. Dass es zu einer Verzögerung sozusagen gekommen ist, hängt im Wesentlichen auch damit zusammen, dass es zu Umplanungen gekommen ist, dass wir zu einer effizienteren Gestaltung der ganzen Remise kommen. Das heißt, dass wir die Straßenbahnen und die Werkstätten dort vernünftiger und besser anordnen, als das ursprünglich geplant war. Und ich glaube, das ist, wie gesagt, ein dringend notwendiges Projekt. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich Frau Clubobfrau bitten, um ihre Wortmeldung.

Clubobfrau **Hopper:**

Vielen Dank, ich möchte mich für die Wortmeldungen, die zu der Dringlichkeit jetzt zumindest da waren, tatsächlich herzlich bedanken. Einige Fragen sind jetzt aber für mich dennoch offengeblieben. Also der Kollege Lenartitsch hat gesagt, die Option ist zu ziehen und muss gezogen werden. Das hat sich bei mir schon relativ fix angehört. Der Stadtrat Eber sagt, man würde die Option ziehen. Einfach vor diesem Hintergrund und vor dieser Unklarheit, und genau deswegen haben wir diesen Antrag auch gestellt, wäre es einfach spannend, auch einen Bericht zu bekommen über den aktuellen Stand dieser Gespräche. Wir sagen nicht einmal ab oder das, sondern das ist tatsächlich nur die Information über den Stand dieser Entwicklungen, wäre die Forderung gewesen. Zu meinem Forderungspunkt eins, auch da, ich meine, wir stellen diesen Antrag ja nicht, weil ich mir jetzt gerade persönlich überlegt habe, dass das für mich persönlich dringlich ist. Wir stellen den auf Basis der Personen und Grazerinnen und Grazer, die uns kontaktieren, für die das ein Thema ist. Für die ist nämlich auch das Thema, wie das jetzt ausschaut mit den Ersatzbeschaffungen. Wenn ich gefragt werde, möchte ich auf eine Information verweisen können und vor diesem Hintergrund würden wir gerne einen Bericht dafür sehen. Also allein, ich freue mich natürlich, dass der Herr Stadtrat gesagt hat, dass der Bericht grundsätzlich zur Option kommen wird. Das finde ich tatsächlich sehr begrüßenswert. Ein Bericht über den aktuellen Stand der Straßenbahnen und den Status der Fuhrparkerneuerungen, ich weiß nicht, ob der auch mitgemeint war. Ich hätte das jetzt nicht so verstanden. Das wäre einfach wünschenswert, damit wir, wenn Personen und Menschen aus Graz an uns herantreten, sagen können: „Schaut her, das ist der aktuelle Stand. Die können aktuell nicht mehr fahren, weil es keine Ersatzteile mehr gibt“. Das sind Dinge, die wir jetzt hier erfragt haben. Aber da ist einmal zusammengefasst zu sehen, glaube ich, sind wir auch den Menschen schuldig, die sich das zu Recht fragen, weil wir immerhin für sie arbeiten. Zum Dritten zu den Unfallhäufungen, weil Kollege Lenartitsch das ein bisschen so anklingen hat lassen. In keiner Sekunde, und ich glaube, das habe ich in meiner Berichterstattung und auch in der Verfassung dieses Antrages versucht wirklich klarzustellen, wollten wir die Unfallhäufigkeit, die jetzt einfach sowohl subjektiv als

auch faktisch einfach gestiegen ist, den Fahrerinnen und Fahrern zu Schulden lasten, also denen das anzulasten. Weil du gemeint hast, das ist nicht nur das Problem der Fahrerinnen und Fahrer, sondern die Fahrgäste müssen sich auch festhalten. Auch die Fahrgäste sind aus meiner Sicht nicht schuld, wenn sie sich wehtun, sondern teilweise ist gar niemand schuld. Aber es ist trotzdem ein Problem, wenn die Sachen nicht repariert werden können und wenn wir dann keine Straßenbahnen haben, die fahren. Das möchte ich an dieser Stelle gesagt haben.

Zurückkommend auf die sehr gut beziehungsweise das Befriedigend, das die Fahrgäste uns geben, Herr Stadtrat, danke für die Information auch. Grundsätzlich glaube ich, ist aber unser aller Ziel, dass man zumindest ein Sehr Gut anstreben, so wie in der Schule ja auch. Also ich glaube schon, dass es das Ziel sein muss als Stadt, dass unser öffentlicher Verkehr mit dem Sehr Gut irgendwann einmal bewertet wird, in dem Wissen, dass es vielleicht auch gar nicht so weit kommt. Aber das muss aus unserer Sicht das Ziel sein, das würden wir auch gerne verfolgen.

Ich freue mich sehr und bin sehr gespannt auf diesen Bericht und möchte abschließend nur eine Hoffnung unsererseits dalassen. Es ist vorher schon gefallen, dass, wenn die Option nicht gezogen wird, dann Verzögerungskosten beziehungsweise, ich bin nicht sicher, was der genaue Begriff ist, von unserer Seite zu tragen sind. Wir haben aber leider, und auch die Remise ist schon angesprochen worden, ich habe sie auch im Motivenbericht drinnen - vorher aus Zeitgründen ausgelassen - bei der Remise gesehen, man ist nachher auf eine vielleicht vernünftigeren Aufstellung der Werkstätten gekommen. Der erste Grund war aber eine Überprüfung eines Stückes, das eigentlich beschlussreif war, zu dem Ziel, und wir alle haben die Renderings im Kopf, ein Windrad irgendwo aufzustellen und zu schauen, ob das nicht eine sinnvolle Lösung ist. Das Resultat dieser weiteren Überlegungen und weiteren Erwägungen waren nicht nur jetzt eine Remise, die jetzt da umgebaut wird, sondern auch die Tatsache, dass wir insgesamt € 60 Millionen mehr dafür gezahlt haben. Im Hinblick darauf, dass wir immer wieder von unseren Kassen reden, hoffe ich, dass die Ziehung der Option, wenn das tatsächlich so auch passiert, werden wir dann im Bericht nachlesen, nicht verzögert wird, sodass man zusätzliche Kosten bei ohnehin sehr schwer, also



kostenintensiven Projekten hier verhindern kann. Ich glaube, und das Prestigeprojekt habe ich sehr wohl im Antrag erwähnt, weil das de facto so auch von der Frau Vizebürgermeisterin gewünscht war, dass diese Remise noch einmal überarbeitet wird. Ich glaube, bei der Nachbestellung der Straßenbahnen sollten wir von so etwas absehen und da wirklich bei der Sache bleiben und schauen, dass unsere Grazerinnen und Grazer von A nach B kommen und nicht mit dem Ersatzverkehr fahren müssen, wenn es keine zusätzlichen Straßenbahnen mehr gibt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, bin zwar traurig, dass das so kein Thema wird, freue mich allerdings auf den Bericht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür?

Gegenprobe bitte, weil doch viele nicht anwesend sind.

**Zwischenruf:**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Da ist die Dringlichkeit angenommen.

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ist abgelehnt? Es war unabhängig von der Kollegin, vorher schon die Dringlichkeit angenommen, habe ich richtig gezählt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KPÖ, GRÜNE, SPÖ).***

Wir kommen zum Inhalt selbst. Bitte, wer wünscht hier das Wort? Herr Gemeinderat Topf, bitte.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe alle, ich melde mich deshalb zu Wort, weil es tatsächlich so ist, dass es hier immer wieder Diskussionen gibt, was den öffentlichen Verkehr betrifft. Einmal grundsätzlich, wir haben ja einen Masterplan hier auch beschlossen und wir haben insbesondere auch einen Plan beschlossen, der zur Mobilitätswende hier durchaus sozusagen führen sollte. Und wenn ich mir diese Prozentpunkte anschau, die hier angeführt wurden, wir sollen bis 2040 den motorisierten Individualverkehr von 40 auf 20 % reduzieren, von 40 auf 20 % reduzieren und gleichzeitig, und das ist jetzt die Brücke zum öffentlichen Verkehr, den die Frau Clubobfrau Anna Hopper angesprochen hat, wenn wir gleichzeitig nur in diesem Zeitraum den öffentlichen Verkehr um zwei bis drei oder maximal vier Prozent erhöhen, dann wird es sich nie ausgehen, dass sie den motorisierten Individualverkehr auf die Hälfte reduzieren, also deshalb wichtig, ganz wichtig, den öffentlichen Verkehr. Und jetzt habe ich natürlich wieder eine Linie im Kopf, die ich präferiere. Das ist die Linie 8 oder die Linie 18 in einer Kurzversion. Das ist ja das, was wir ständig ansprechen, wo es immer wieder Diskussionen gibt. Wir haben jetzt nach wie vor zu gewärtigen, wie schaut es jetzt mit dieser Plausibilitätsprüfung aus, die uns schon vor einem Jahr versprochen worden ist für die Linie 8. Wie schaut es jetzt aus mit der Kurzvariante? Wir haben es angesprochen, das ist die Linie 18, die also tatsächlich eine wichtige Verbindung zwischen dem Knoten Don Bosco und der Linie 5 wäre. Es gibt also viele Dinge, die dringend zu machen sind. Ich bin sehr skeptisch, dass wir den motorisierten Individualverkehr auf die Hälfte reduzieren bis 2040, wenn wir nicht intensiv, ich sage das jetzt bewusst, intensiv den öffentlichen Verkehr, der jetzt in diesem Plan nur mit 3 bis 4 % Steigerung drinnen ist, ausbauen. Das werden wir nie schaffen, wenn wir nicht hier ganz intensiv und tatsächlich mit großer Beschleunigung den öffentlichen Verkehr ausbauen. Also bitte alles dabei tun, dass wir auch in der

Planung, was die Linie 8 betrifft, das ist halt ein Hobby von mir, ich gebe schon zu, hier weiterkommen. Und wenn die Linie 8 in dieser Größenordnung nicht so schnell realisierbar ist, dann machen wir wenigstens die Linie 18 zwischen der Linie 5 und dem Knoten Don Bosco.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Lenartitsch.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Gemeinderät:innen, liebe Zuseher, auch im Livestream, liebe Antragstellerin, dass ich noch einmal zu Wort komme, habe ich mir nicht gedacht. Manchmal ist es im Leben so. Gehen wir auf den Inhalt ein. Hier wird angemerkt, dass, so quasi, wir kein adäquates Ersatzmaterial haben. Wenn wir jetzt die Fahrzeuge, und das war ja damals eine grundlegendste Entscheidung, sich zu entscheiden, bleiben wir bei unseren schmalen Wagenkasten mit der Straßenbahn, sogenannten Sondermodelle, wie es der Cityrunner ist, oder kaufen wir handelsübliche Fahrzeuge, wie es eben der Stadler ist, mit seiner Wagenkastenbreite. Das hat natürlich auch dazu geführt, dass wir unser Schienennetz dementsprechend weit auseinanderbauen mussten, um mit diesen Wagen aneinander vorbeifahren zu können. Jetzt haben wir auf der einen Seite uns endlich entschieden, keine Sondermodelle mehr zu kaufen, und ich glaube, auf diese Fahrzeuge möchtest du hinführen. Für die Cityrunner gibt es keine Ersatzteile mehr, elektrotechnische Ersatzteile, weil es ein Sondermodell war, das leider nur die Graz Linien gekauft haben und sonst keiner.

Gut, die Halbwertszeit von einer Straßenbahn ist 30 Jahre. Zum Glück haben wir die 500- und 600-er ertüchtigen können, weil sonst hätten wir jetzt eh schon ein massives Problem. Das, was der Herr Kozina-Voit eingangs so quasi gesagt hat, zwecks wer

stimmt wann für welches Projekt, wenn wir unvorsichtig gewesen wären, damals bei der Abstimmung für die Finanzierung der Straßenbahn, hätten wir auch nicht die 15. Das möchte ich einfach nur gerne noch einmal mitgeben und dann so quasi zu fordern, schauen wir doch, dass wir die Option auf die 40 noch schneller ziehen können. Das ist halt dann schon für mich ein spannendes Detail.

Die Fahrzeuge, die wir haben, unterscheiden sich gar nicht so viel voneinander. 13 Sitzplätze oder 13 Fahrgastplätze sind der Unterschied zwischen den alten 500ern, die auf einer Ebene sind, und zum Beispiel dem Cityrunner. Also so viel ist das nicht um in der Menge. Und ja, zwischen 7 und 8 sind unsere Fahrzeuge rappellvoll, da passt nichts mehr hinein. Aber das ist genau dieser Zeitpunkt und da kannst du es auch nicht schaffen, wenn du noch mehr Fahrzeuge dort hinausstellst, dass du so quasi dann alle Fahrgäste zufriedenstellend von A nach B bringst.

Was wir allerdings jetzt dann geschafft haben mit der Bestellung von Alstom, ist, dass die Fahrzeuge jetzt statt 25 und 27 Meter, jetzt fast 34 Meter lang sind. Das heißt, da werden jetzt dann nicht mehr 145 Leute Platz haben, sondern 200. Das wird das dann auch wieder entspannen, dass wir vielleicht den Ansturm an Fahrgästen, die mehr mitfahren, aufgrund des KlimaTickets, abfassen können. Aber auch vielleicht für das subjektive Gefühl, dass ich halt nicht mehr mit den anderen Fahrgästen so Schulter an Schulter picke.

Auch die Klimatisierung möchte ich ganz kurz ansprechen. Wir haben, also zumindest nach meinen Recherchen, auch versucht, die alten Fahrzeuge zu ertüchtigen. Geht nicht, das geht leider nicht, weil einfach eine Straßenbahn halt eine Genehmigung braucht, wo du sagst, das kriegst du nicht mehr oder du baust es um, dass du sagst, du kannst gleich eine Neue kaufen. Dass man damals bei den Cityrunnern nur den Fahrerplatz klimatisiert hat, das war damals so, State of the Art, war 2003 noch nicht so wichtig. Bei den Stadlern ist es sehr wohl vollklimatisiert und da haben wir immerhin 45 Garnituren, sprich mehr als die Hälfte aller unserer Straßenbahnen sind klimatisiert. Das nur vielleicht noch ein paar Zahlen und Fakten gewesen. Ich sehe die Uhr blinkt und ich kann jetzt nur sagen, danke für das Zuhören und der Saal ist wieder voll. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wünscht die Antragstellerin noch ein Schlusswort? Ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist hier dafür? Gegenprobe, der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

***Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, NEOS).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Markus Huber - Schaffung von leistbarem Wohnraum für Grazer:innen.

#### **7.4 Schaffung von leistbarem Wohnraum für Grazerinnen und Grazer (GR Huber, ÖVP)**

Gemeinderat **Huber**:

Hoher Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dringlicher Antrag befasst sich mit dem Thema der Schaffung des leistbaren Wohnraumes für Grazerinnen und Grazer. Wie wir heute schon einmal besprochen haben, hält der Zuzug nach Graz weiter an und die Stadt Graz erfreut sich großer Beliebtheit. Auch der Wohnraum wird weiter nachgefragt werden.

Neben der Schaffung von Gemeindewohnungen, die ja bereits in der Vorgängerregierung zahlreich beschlossen wurden, beziehungsweise momentan sukzessive eröffnet werden, muss man aus unserer Sicht auch andere Wohnformen im Blick haben. Da möchten wir heute speziell das Wohnungseigentum in den Mittelpunkt rücken. Aus unserer Sicht ist das die sicherste Art der Daseinsvorsorge und schützt vor Altersarmut. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es umso wichtiger, Menschen zu unterstützen und eine Perspektive zu geben. Dazu gehört aus unserer Sicht die Schaffung von Eigentum.

Wenn wir uns die Kosten für eine Eigentumswohnung zum Beispiel in den Jahren 1961 bis 1990 anschauen, sehen wir, dass wir da durchschnittlich bei knapp € 2.400,00 pro m<sup>2</sup> waren. Derzeit sind es € 4.142,00 und gerade deshalb brauchte es eine Anreizbildung und Unterstützung für das Bemühen um leistbaren Wohnraum sowohl im Mietbereich als auch im Eigentumsbereich. Die Politik sollte die Voraussetzungen schaffen, Menschen von der staatlichen Wohlfahrt zu befreien und ihnen die Möglichkeit zur Begründung einer Existenz ohne staatliche Unterstützung zu geben. Das ist unser Ansatz, die Hilfe zur Selbsthilfe. Ich glaube, das ist vor allem, wenn es um die Altersvorsorge geht, ein wichtiger Ansatz aus unserer Perspektive.

Vor diesem Hintergrund fordern wir ein städtisches Unterstützungsinstrument beziehungsweise Fördermodelle beim Erwerb von Wohnungseigentum, speziell für junge Menschen bis 35 Jahren. Da geht es unter anderem um die Einführung eines städtischen Darlehens sowie die Übernahme von Haftungen und Bürgschaften beziehungsweise um die Erarbeitung eines Miet-Kauf-Modells, wo die Stadt Graz zusätzliche Eigentumswohnungen am Markt erwirbt und sie dann an junge Menschen und Familien mit einer langfristigen Kaufoption vermietet.

Als zweiten Punkt sehen wir insbesondere die Möglichkeit, bestehenden Wohnraum, der derzeit wegen zu schlechter Qualität, weil sie keinen Lift haben, keine Balkone und deshalb nicht vermietet werden können, in den Fokus zu nehmen. Da stellen wir uns einen Fonds vor, der für thermische Sanierungen, Balkonzubauten oder Liftzubauten herangezogen werden kann, um die Wohnungen wieder attraktiv und vermietbar zu machen.

Drittens möchten wir auch den gemeinnützigen Wohnbau in den Mittelpunkt rücken. Gemeinnützige Wohnbauträger arbeiten ja momentan nur in Ausnahmefällen mit der Stadt Graz zusammen. Ich glaube, da ist auch seitens der Stadt Graz wirklich die Stadt Graz in die Pflicht zu nehmen, diese Wohnbauträger bestmöglich zu unterstützen und die vorhandenen Bundesmittel, die über das Land Steiermark Richtung Graz fließen, bestmöglich abzuholen.

Und viertens bedarf es aus unserer Sicht auch einer Überprüfung, ob bestehende städtische Vorschriften für Bauvorhaben nicht geändert oder gestrichen werden könnten.

Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Erstens, die für das Wohnen zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Finanzen und Immobilien zuständige Stadtrat Manfred Eber werden beauftragt, ein städtisches Unterstützungsinstrumentarium für den Erwerb von Wohnungseigentum für Grazerinnen und Grazer bis 35 Jahre, städtische Haftungen bzw. Bürgschaften, Mietkaufmodell bei neuen, anzukaufenden städtischen Wohnungen, oder ähnliches, zu erarbeiten und die Finanzierungsmöglichkeiten und etwaige weitere Instrumentarien zur Erleichterung des Wohnungseigentumserwerbs zu prüfen und dem Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung im Februar darüber Bericht zu erstatten.

Zweitens, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine Arbeitsgruppe konstituieren, welche bis zur Sitzung des Gemeinderates im Jänner 2025 auch auf Basis der örtlichen Voraussetzungen und unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer internationaler Städte ein Konzept für einen im Motiventext beschriebenen Leerstandmobilisierungsfonds ausarbeitet.

Drittens, die zuständige Wohnungsreferentin Elke Kahr wird ersucht, ein Konzept auszuarbeiten, wie Graz die gemeinnützigen Wohnbauträger bei der Abholung der Bundesmittel bestmöglich unterstützen kann. Dem Gemeinderat ist dieses Konzept bis Februar vorzulegen.

Viertens, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Arbeitsgruppe zu bilden und jene städtischen Vorgaben im Zuge von Bauvorhaben nach ihrer Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

Ich bitte um breite Annahme.

**Originaltext des Antrages:**

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

**Dringlichen Antrag**

*Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:*

- 1. Die für das Wohnen zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Finanzen und Immobilien zuständige Stadtrat Manfred Eber werden beauftragt, ein städtisches Unterstützungsinstrumentarium für den Erwerb von Wohnungseigentum für Grazerinnen und Grazer bis 35 Jahre (städtische Haftungen bzw. Bürgschaften, Mietkaufmodell bei neuen, anzukaufenden städtischen Wohnungen, o. ä.) zu erarbeiten und die Finanzierungsmöglichkeiten und etwaige weitere Instrumentarien zur Erleichterung des Wohnungseigentumserwerbs zu prüfen und dem Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung im Februar darüber Bericht zu erstatten.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine Arbeitsgruppe konstituieren, welche bis zur Sitzung des Gemeinderates im Jänner 2025 auch auf Basis der örtlichen Voraussetzungen und unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer (internationaler) Städte ein Konzept für einen im Motiventext beschriebenen Leerstandmobilisierungsfonds ausarbeitet.*
- 3. Die zuständige Wohnungsreferentin Elke Kahr wird ersucht, ein Konzept auszuarbeiten, wie Graz die gemeinnützigen Wohnbauträger bei der Abholung der Bundesmittel bestmöglich unterstützen kann. Dem Gemeinderat ist dieses Konzept bis Februar vorzulegen.*
- 4. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Arbeitsgruppe zu bilden und jene städtischen Vorgaben im Zuge von Bauvorhaben nach ihrer Zweckmäßigkeit zu überprüfen.*



Bürgermeisterin **Kahr**:

Und ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich den Herrn Stadtrat Eber um die Übernahme des Vorsitzes, damit ich mich zu Wort melden kann. Ja, du bist ja auch angesprochen, da drinnen, deswegen passt das schon.

***Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (18.20 Uhr)***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zuerst einmal, ich bin immer froh, wenn sich jemand des Themas Wohnen annimmt, und zwar nicht erst seit ein paar Jahren, sondern ich kann das kollektiv für meine Partei sagen, schon seit Jahrzehnten. Das ist eines der, neben Bildung, Gesundheit und auch den Klimafragen und einem Arbeitsplatz, von dem man leben kann, wichtigsten und zentralsten Themen für jeden von uns, die wir hier sind, und für alle, wie ich es heute schon einmal gesagt habe, 305.000 Hauptvorsitz gemeldeten Grazerinnen und Grazern, selbstverständlich.

Und wie wir allen ein gutes Zuhause geben können, das sicher ist, das bezahlbar ist und das nicht von Gängelung oder von Willkür abhängig ist, davon waren, sind und werden wir auch in Hinkunft zutiefst überzeugt sein, dass das die öffentliche Hand unbedingt lösen muss und zu einer ihrer zentralsten sozialpolitischen Aufgaben auch zählt. Das werden Sie mit allen wohnungspolitischen Experten in allen Großstädten in Europa, wenn Sie sich wirklich damit beschäftigen, auch so sehen. Viele beneiden unsere Städte, Wien vor allem im Besonderen, aber auch die Städte Graz und Linz, wo in einer klugen und weit vorausschauenden Sichtweise von Politikern und auch gleichzeitig in einer Phase, wo große Not geherrscht hat, das Kräfteverhältnis dazu geführt hat, dass man den Weg begangen ist, kommunalen, öffentlichen und gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen. Weil, nicht unbedingt zwingend, aber in der Regel liegt es in der Natur der Sache, dass private Eigentümer nicht zwingend Interesse daran haben, bezahlbaren Wohnraum zu geben. Deshalb gehört es für mich zur

Pflichtenlektüre jeder Kommune, und genau diesen Weg haben wir, seit wir 1998 das Wohnungsamt, damals noch das Amt für Wohnbau, seit 2008 ist die KPÖ zuständig gewesen, aber spätestens seit 2008 haben wir den öffentlichen Wohnraum, für den wir verantwortlich sind und nicht für den privaten, ihn vom Substandard zu befreien. In den letzten zehn Jahren, und auch vor allem jetzt verstärkt in den letzten drei Jahren, haben wir Jahr für Jahr die Wohnhäuser thermisch saniert. Wir schauen, dass wir die Qualität und die Standardanhebung machen und das in einer vorbildlichen Weise, nämlich dass wir unser Wohnungsamt und Wohnen Graz wirklich zu einer Vorzeigabteilung und Unternehmen gemacht haben. Viele Städte und auch andere Vertreter aus anderen Kommunen in Europa kommen oft zu uns und schauen, wie wir das machen. Erst vor kurzem war wieder eine große Delegation gewesen, der Herr Magistratsdirektor war dabei, die das interessiert, wie wir das machen.

Und genau diesen Weg müssen wir auch weiterhin gehen, weil alle anderen Aufgaben, egal ob Eigentum oder Wohnbauförderung, die wir ja brauchen, um letztendlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist Aufgabe des Bundes und des Landes. Die ÖWG, die ja als einzige Genossenschaft, und sagen wir es so, ich würde es jetzt gar nicht hier strapazieren, auch die politische Zugehörigkeit der Genossenschaften hat ja auch eine lange Zugehörigkeit, ist als einzige auch öffentlich aufgetreten und hat gesagt, sie möchte mit der Stadt Graz keine Übertragungswohnbauten mehr machen. Höre ich im Übrigen, wenn man dann konkret spricht mit Ihnen eigentlich ein bisschen anders, als wie es im Großseitigen Inseraten halt jetzt vor der Wahl auch angekündigt wird. In Wirklichkeit geht es hier um Leerstandskosten, die die Stadt Graz übernehmen soll, die von Haus aus aber nie gerecht waren. In Wirklichkeit waren es die Genossenschaften, die zu uns immer gekommen sind und gebeten haben, bitte unternimmt etwas beim Land Steiermark, damit wir von den unsäglichen Wohnbauförderungsrichtlinien, die es in der Vergangenheit gegeben hat, die nämlich dazu geführt haben, dass in der Steiermark zehntausende von Wohnungen, also die Mieter dort, mit Annuitätensprüngen konfrontiert waren, die sie oft nicht stemmen konnten.

Man muss dem verstorbenen Landesrat Seitinger danken, dass er endlich dann erkannt hat, dass es hier eine Streckung braucht, sonst hätten wir nämlich tausende von Genossenschaftsmietern in Wirklichkeit dazu gebracht, ihre Wohnungen aufgeben zu müssen, weil sie es nicht mehr hätten stemmen können, mit den hohen Mietensprüngen.

Im Übrigen, wenn man von bezahlbarem Wohnraum spricht und wirklich tagtäglich mit Leuten zu tun hat, ob berufstätig, ob das Akademiker sind oder Pensionisten sind, hören Sie einmal hinein, wie es ihnen geht. Nicht nur die Mieten, es sind die Betriebskosten, das sind vor allem die hohen Heizkosten, auch die Energiekosten, die in Summe dazu führen, dass sich die Leute schwertun. Wenn man jetzt sagt, naja, die Stadt soll jetzt Geld in die Hand nehmen, um Eigentum zu fördern, dann ist das so ähnlich wie das Sprichwort, das sie eigentlich eh nicht wirklich gesagt hat, aber was man ihr fälschlicherweise in den Mund legt, nämlich von der Marie-Antoinette sozusagen: „Haben sie kein Brot mehr zum Essen, dann sollen sie halt einen Kuchen essen“. Das ist irgendwie sehr scheinheilig.

Also im Gegenteil, wir haben viele, viele Eigentümer, die Darlehen und die Raten und die Kreditraten an die Banken in Wirklichkeit nicht mehr schaffen und genauso die hohen Betriebskosten, mit denen sie ja auch konfrontiert sind. Deshalb noch einmal, in Wirklichkeit kann man das Wohnproblem für die großen Anteile der Menschen, die in unseren Städten leben, nur dann lösen, wenn es ein modernes, soziales, gerechtes Mietrechtsgesetz auf Bundesebene gibt. Da ist die künftige Bundesregierung sehr gefordert. Gehört hat man es jetzt schon, jeder neuen Regierung tritt mit dem an. Ich bin gespannt, was da rauskommt.

Natürlich, indem das Land Steiermark eine Wohnbauförderung erlässt, die den Namen auch verdient und nicht die Wohnbaufördermittel, die ja letztendlich auch Steuergelder sind, Privaten gibt. Es gibt schon lange die Forderung, sozusagen einen gewissen Anteil an Steuermitteln, die vom Land kommen für die Wohnbauförderung, den Kommunen zu einem bestimmten Prozentsatz zu geben, dass sie die Zuweisung dort haben. Und es zeigt eigentlich auch die stark ansteigende Anzahl der Wohnungswerber für eine Gemeindewohnung, die breit über jene hinaus ist, die jetzt

ganz geringe Einkommen haben. Das beweist, dass die Leute auf der Suche sind, noch an unbefristeten, sicheren und bezahlbaren Wohnungen. Deshalb werden wir auch in der Stadt Graz diesen Weg der Gemeindewohnungen weitergehen, ebenso wie auch der Wohnungslosenhilfe, weil die ist die ureigenste Aufgabe einer Kommune, nicht die Förderung von Eigentum.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Hiermit übergebe ich dir wieder den Vorsitz.

***Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (18.30 Uhr)***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf bitten um weitere Wortmeldungen. Bitte, Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Ich muss mich an dieser Stelle auch kurz bedanken, weil das ist ein Thema ist, über das man nicht oft genug reden kann. Allerdings muss ich bei dem Antrag sehen, dass da ganz viele Themen, die jetzt um Wohnen herum, Wohnbau herum diskutiert werden, vermengt worden sind.

Zuallererst einmal müssen wir wahrscheinlich als Gesellschaft, erstens, zuerst einmal das Wohnen als Grundrecht, als Menschenrecht einmal in unserer Verfassung fixieren, beziehungsweise uns einmal dazu bekennen, dass das ein absolutes Grundrecht ist, und dann können wir anfangen, mit den Diskussionen weiterzugehen. Ok, das ist ein ganz großes Thema. Ich will mich vielleicht auf das Beschränken auf deine vier Punkte,

die du verlangst, lieber Markus, nämlich, dass wir Wohnungseigentum für junge Menschen unterstützen sollen mit Haftungen und Bürgschaften.

Wenn man so überlegt, eine günstige Wohnung in Graz kostet ungefähr € 300.000,00 und das ist wirklich günstig. Wenn man da so eine Haftung übernimmt als Stadt oder als Bürgschaft, dann werden sich sofort 1.000 Leute melden, dass sie eine Bürgschaft haben wollen. Bitte ausrechnen, das sind gleich einmal € 300.000.000,00, die dann eben diese, also wofür wir haften sollen. Das ist ja absolut, das kann man gar nicht vertreten, diesen Gedanken.

Miet-Kaufmodelle, schön und recht, aber diejenigen, die sich ein Eigentum leisten können, heutzutage sind sowieso diejenigen, die nicht in den unteren 20 % der Einkommensstatistik sind. In den unteren 20 % verdienen die Menschen durchschnittlich € 2.000,00. Mit diesen € 2.000,00 Durchschnittseinkommen, sagen wir, zwei Personen im Haushalt sind € 4.000,00, kann man sich trotzdem keinen Eigenanteil ersparen und dann noch eine Wohnung kaufen und dann im Alter quasi der Altersarmut entkommen. Es gibt inzwischen Statistiken, dass Wohnungseigentümer genauso in die Altersarmut schlittern, weil sie sich einfach in der Rente oder in der Pension die Raten nicht mehr leisten können und trotzdem zwar Eigentum haben, aber das nicht einmal richtig verkaufen können. Also das ist wirklich ein Riesekonvolut an Themen.

Was haben wir noch? Wir haben ja eigentlich ein Programm zu Wohnungseigentum, nämlich die Landesdarlehen. Es wurde ja vor kurzem auch von deiner Partei eine sogenannte Wohnbau-Offensive verabschiedet, auf Landesebene. Da gibt es ja viele Förderungen zum Abholen, unter anderem ein Landesdarlehen, Sanierungsförderungen etc. Da finde ich das einfach nicht sinnvoll, dass wir das als Kommune übernehmen, ein Eigentum zu fördern, wo das Bundes- und Landesförderungen sowieso gibt, wenn man sich unbedingt ein Eigentum anschaffen möchte. Was unsere vordergründige Aufgabe ist, und da muss ich der Frau Bürgermeisterin total Recht geben, ist, dass wir eben einen leistbaren Wohnraum, einen gesicherten Wohnraum für die Menschen bieten müssen, die nie in der Lage sein werden, sich Eigentum überhaupt anzuschaffen, beziehungsweise auch nicht wollen.

Das ist auch ein Trend. Es ist ja nicht so, dass das in Stein gemeißelt ist, dass alle ein Eigentum haben wollen, dass alle eine Wohnung besitzen wollen. Inzwischen gibt es einen Trend, dass sehr viele einfach sagen, ich möchte mich einfach nicht binden, ich möchte diese Last des Eigentums gar nicht haben, sondern ich möchte mieten, mein Leben lang mieten, dass ich meine Mittel sparen kann und später quasi auch in meinem Ruhestand verwenden kann.

Die Zeit drängt, sehe ich gerade. Ich hätte noch sehr viel, dazu können wir uns extra einmal auch austauschen, sehr gerne.

Was du zum Leerstand sagst: Also in Deutschland haben sie zum Beispiel teilweise angefangen, über ein Zweckmäßigkeitgesetz zu diskutieren, dass es nämlich nicht dem Zweck einer Wohnung entspricht, leer zu stehen. Deswegen kann man das klagen, dass es nicht der Zweckmäßigkeit entspricht, dass die Wohnung leer steht. Also da können wir natürlich darüber diskutieren, aber im Großen und Ganzen finde ich den Antrag und die Ansätze gut, dass man darüber diskutieren kann. Aber es ist ein extremes Gemenge an sehr vielen verschiedenen Themen, die man extra eigentlich diskutieren müsste. Deswegen können wir bei der Dringlichkeit leider nicht mitgehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Gemeinderat Huber bitten.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Bei allem Respekt für Ihre Leistungen im kommunalen Wohnbau: Die Wohnungspolitik hört halt leider nicht an der Schwelle zum Gemeindebau auf. So ehrlich muss man sein. Ihre Aufgabe sind alle Grazerinnen und Grazer und nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der 4.000

Gemeindewohnungen. Sondern wir müssen da schon schauen, dass wir alle unterstützen.

*Zwischenruf*

Gemeinderat **Huber**:

Ja, wir haben ja erzählt, die Kollegin hat das sehr gut dargestellt, was wir auf Landesebene momentan tun, und das wäre halt schön, wenn das auf Stadtebene genauso passieren würde. Weil sonst muss man ehrlicherweise sagen, ist das nichts anderes als eine reine Klientelpolitik.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Deinem Stadtrat zuhören. Er hat heute gesagt wie das mit den Banken und Krediten ist.

Gemeinderat **Huber**:

Danke für die Unterbrechung, das ist sehr lieb von Ihnen. Aber wenn Sie Ihre Worte wirklich ernst nehmen, dann stimmen Sie heute dem Antrag zu. Dann schauen wir, wie wir Jungfamilien bis 35 wirklich gemeinsam unterstützen können als Stadt Graz. Ansonsten muss man leider sagen, fördern Sie Ihre eigene Klientel und Ihre Wiederwahl.

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte? Nein, ist ja das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe bitte. Die Dringlichkeit ist nicht angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag und ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Kozina-Voit um Berichterstattung seines dringlichen Antrages. Da geht es um mein Lieblingsessen, nämlich um das Wienerschnitzel.

#### **7.5 Woher kommt mein Schnitzel? (GR Kozina-Voit, Grüne)**

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Habe ich den richtigen Titel gewählt sozusagen? Gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht geht ja heute noch jemand ins Gasthaus später oder morgen oder dann am Wochenende vielleicht eher. Heute wird es noch ein bisschen dauern. Aber wenn man dann dort ist im Gasthaus und einmal nachschaut, wo kommt eigentlich das Essen her, dann tut man sich meistens relativ schwer. Im Supermarkt ist es schon relativ verbreitet, da kann man ganz gut nachvollziehen bei den meisten Sachen, wo sie herkommen. Wenn ich im Gasthaus auf der Speisekarte schaue, dann sehe ich meistens nichts. Ein paar Ausnahmen gibt es, die haben das dann aufgelistet, sehr vorbildlich. Die machen das freiwillig, ist vor allem im höherpreisigen Segment so, weil die natürlich auch werben damit, aber eigentlich weiß ich nicht, woher das Schnitzel kommt, wenn wir beim Schnitzel bleiben. Ich weiß auch nicht, wenn da jetzt Eier zum Beispiel in der Panier sind, sind die aus Käfighaltung, aus Bodenhaltung, aus Freilandhaltung, aus biologischer Landwirtschaft? All das weiß ich nicht. Zum Teil hilft es nicht einmal, wenn ich nachfrage. Also ich habe das schon versucht, mehrmals, und es ist so, dass man dann oft keine Auskunft oder eine sehr oberflächliche Auskunft bekommt.



Das Landwirtschaftsministerium hat dazu eine Umfrage gemacht und 86% der Menschen wollen eigentlich wissen, woher das Essen kommt, auch im Gasthaus, nicht nur im Supermarkt. Viele erwarten sich sogar, wenn sie jetzt in ein lokales Gasthaus zum Beispiel gehen, irgendwo am Land, dass dann das Schnitzel natürlich auch von den Bauern dort in die Region kommt. Fakt ist, dass es aber oft nicht so ist. Das wird im Großhandel eingekauft und dann dort vertrieben. Dementsprechend hat man da ein System, unter dem vor allem die heimische Landwirtschaft am Ende des Tages leidet. Wir haben da kleinbäuerliche Familienbetriebe, die in direkter Konkurrenz stehen zu Tierfabriken im Ausland. Die können natürlich Fleisch, Eier, Milch deutlich günstiger herstellen. Die Folge ist, dass in Österreich fünf landwirtschaftliche Betriebe pro Tag zusperren, während anderswo immer größere Ställe gebaut werden. Während in Brasilien oder Argentinien immer mehr Regenwaldflächen gerodet werden, um wieder Soja, um wieder Futtermittel herzustellen, die dann nach Europa verschifft werden, um eben die Tiere in diesen Tierfabriken dann zu füttern.

Das heißt, die Ökobilanz vom Fleisch, die ja sowieso schon nicht gut ist, wird durch dieses System noch viel schlechter. Die letzte Bundesregierung hat einen Schritt in diese Richtung, Gott sei Dank, gesetzt. Sie hat in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, also Großküchen und Kantinen, es verpflichtend gemacht, dass die Herkunft von Fleisch, von Milch und Eiern verpflichtend eben zu kennzeichnen ist, seit etwas mehr als einem Jahr. Beim Fleisch muss das Tier im angegebenen Land geboren, gemästet und geschlachtet werden. Bei der Milch betrifft die Kennzeichnung das Land, in dem das Tier gemolken wurde. Beim Ei ist anzuführen, in welchem Land es gelegt wurde. Es kann auch sein, dass das nicht nachvollziehbar ist, dann muss halt zumindest EU oder nicht EU oder auch unbekannt draufstehen. Es ist auch eine Aussage, wenn ich jetzt ins Gasthaus gehe und dann steht drauf „Herkunft des Fleisches unbekannt“, ok, damit kann ich etwas anfangen und dann muss ich mir halt das als Konsument überlegen, will ich das trotzdem konsumieren oder nicht. Es gibt dann auch Regeln, wie das ist, wenn das über einen längeren Zeitraum nicht konstant verfügbar ist, gewisse Zutaten. Dann ist ein gewisser Prozentsatz drauf und so weiter. Also man hat sich da einiges überlegt, um den bürokratischen Aufwand dann wieder

geringzuhalten für die Gastronomieeinrichtungen, dass die da eben nicht in Bürokratie sozusagen versinken.

Jetzt wäre es aber schön, natürlich das Ganze auch auf die anderen Gastronomiebetriebe auszuweiten. Es gibt da eine tolle Initiative vom Welthaus Graz. Die haben da eben eine Petition gestartet mit dem Titel „Weil`s ned wurst is, wo mei Essen herkommt“, und wollen eben genau von der nächsten Regierung eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung, und zwar jetzt einmal wirklich für tierische Produkte, also für Fleisch, Milch und Eier. Das wäre jetzt eben im Sinne der Konsumenten und Konsumentinnen, aber eben auch im Sinne der heimischen Landwirtschaft und auch jener Gastronom:innen, die ihre Gäste sowieso mit gesunden, mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln versorgen wollen. Wir wollen diese Forderung unterstützen, als Stadt Graz am besten. Deswegen stelle ich hier namens der Grünen folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Erstens: Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, die verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier auf alle Gastronomiebetriebe auszuweiten.

Und zweitens, die für Lebensmittelangelegenheiten zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden ersucht, das Thema der Herkunfts- und Haltungskennzeichnung in der Gastronomie bei der Entwicklung der Lebensmittelstrategie zu berücksichtigen, sodass Graz hier künftig eine Vorreiterrolle einnehmen kann, zum Beispiel durch ein Pilotprojekt mit ausgewählten Betrieben, durch eine Informationskampagne oder durch eine Auszeichnung für besonders transparente Betriebe. Ich darf um breite Zustimmung bitten.

***Originaltext des Antrages:***

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

***Dringlichen Antrag***

- 1. Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, die verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier auf alle Gastronomie-Betriebe auszuweiten.*
- 2. Die für Lebensmittelangelegenheiten zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden ersucht, das Thema der Herkunfts- und Haltungskennzeichnung in der Gastronomie bei der Entwicklung der Lebensmittelstrategie zu berücksichtigen, sodass Graz hier künftig eine Vorreiterrolle einnehmen kann – z.B. durch ein Pilotprojekt mit ausgewählten Betrieben, durch eine Informationskampagne oder durch eine Auszeichnung für besonders transparente Betriebe.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Frau Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner, bitte.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Dank für den Antrag. Ein sehr wichtiger und dringliche Angelegenheit, wie ich finde, besonders weil es ja auch um das Thema Tierwohl geht. Es wird gerne oft von den Produzent:innen auch die Verantwortung an die Konsumenten zur Gänze abgeschoben, wenn es um diese Thematiken geht. So kann man jetzt dazu stehen, wie man will, aber Fakt ist, ich kann mich auch nur bewusst als Konsument für etwas entscheiden, wenn ich weiß, woher kommt es. Es ist ja auch eine Hilfe und eine Förderung für unsere österreichischen Bäuerinnen und Bauern, wenn man das eben explizit auszeichnet, woher das Schnitzel kommt, das auf meinem Teller liegt. Österreich ist natürlich in bestimmten Bereichen, was die Tierwohlstandards betrifft, auch vorbildlich, wie zum Beispiel das Käfigverbot für Legehennen. Aber es reicht eben nicht nur die Herkunftsbezeichnung, weil man muss schon anmerken, dass wir eben auch nicht überall vorbildlich sind. Wenn man sich die Schweinehaltung ansieht, wird

der überwiegende Teil der Schweine auf Vollspaltenböden gehalten. Da gibt es mittlerweile zum Glück ein Ausstiegsszenario, das allerdings viel zu lange dauert. Eigentlich müsste man dringend aus dieser Haltungsform weg. Ja, da hat man in der Vergangenheit, auch in der jüngeren, gesehen, dass das Ama-Gütesiegel leider auch nicht das beste Siegel ist, was diese Haltungsform betrifft, weil da schockierende Bilder gezeigt wurden, teilweise von Schweinen, wie sie gehalten werden, die aber dann als Schnitzel das Ama-Gütesiegel tragen. Von dem her halte ich es für sehr wichtig, dass neben einer Herkunftsbezeichnung es auch eine Haltungskennzeichnung gibt und wir finden den Antrag gut und werden dem auch zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Bitte Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Ich darf für unsere Fraktion verkünden, dass wir die Dringlichkeit eigentlich nicht gegeben sehen, weil es ohne dies bereits genügend Bürokratie gibt, die in den letzten Jahren auf Gastronomiebetriebe, auf Handel etc. eingeströmt ist. Wenn Sie landauf landab mit Gastwirtinnen und Gastwirten reden, werden Sie von denen ziemlich einhellig mitgeteilt bekommen, dass schon allein die Allergenauszeichnungsverordnung eigentlich als das riesengroße Ärgernis empfunden wird. Aber ok, man hat sich halt irgendwann damit arrangiert und deswegen können wir die Dringlichkeit, dass man das jetzt unbedingt auf der Stelle und schnell beschließen muss, nicht gegeben sehen, weil eben Unternehmen Kosten haben, Unternehmen überleben müssen und Unternehmen eben durch Bürokratie, ohnedies schon in Österreich besonders stark belastet sind.

Ich sage dazu, dass es im Übrigen auch tagtäglich im momentan gut laufenden Wahlkampf, wenn wir mit Unternehmerinnen und Unternehmern sprechen, eigentlich

als eines der großen Übel es gesehen wird, dass es immer noch mehr Bürokratie und noch mehr Bürokratie gibt.

Ich gebe schon zu, es ist grundsätzlich richtig, ja, es ist wünschenswert, wenn man weiß, welche Herkunft Lebensmittel haben, aber es gibt eben bereits in der

Eigenversorgung, in der Supermärkten, im Handel ausreichende Kennzeichnungen.

Man kann auch durch eine ganz bewusste Auswahl, wenn man eben in Lokale geht, die sich entsprechend auch so positioniert haben, durchaus vertrauen darauf und auch nachfragen, woher das Fleisch kommt. Das bekommt man sicher beauskunftet.

Natürlich, wenn Sie jetzt zu irgendeinem Chinesen am Südtirolerplatz oder sonst wo hingehen, dann wird das wahrscheinlich jetzt nicht immer so der Fall sein. Und jetzt möchte ich bitte nichts gegen Chinesen gesagt haben, ich habe ja die Erfahrung gemacht, dass immer dann, wenn ich im Gemeinderat so ein bisschen launig irgendwas sage - das letzte Mal waren es die Salzburger Brezeln - dann bekomme ich prompt ein Zitat im Grazer.

Aber was ich damit sagen wollte, ist, ja, jeder Kunde, jede Kundin, jeder Gast hat die Wahl, natürlich bei der Wahl seines Lokals, sich entsprechend zu entscheiden. Ich sage auch gleich dazu, sollte es dennoch als dringlich erachtet werden, ich gehe davon aus, dass sie die Dringlichkeit dann beschließen werden. Dann werden wir uns eh noch in der inhaltlichen Sache selbst zu Wort melden und da kann ich sagen, oder vorwegnehmen, ohne was zu spoilern, dass man durchaus bei der Lebensmittelstrategie darüber reden kann, dass man das Thema einarbeitet. Ich sage halt nur, bei noch einmal € 360.000,00 Kürzung des Wirtschaftsbudgets von heuer auf nächstes Jahr, nachdem mir schon € 2.000.000,00 gekürzt wurden, muss ich aber auch gleich sagen, also viel mehr außer Papier werden sie nicht bekommen, weil die Umsetzungsprojekte sind schlicht und ergreifend mit dem Budget nicht finanzierbar.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Gemeinderat Gjergji, bitte.

Gemeinderat **Gjergji:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Lieber Antragsteller, ja, ist ein wichtiges Thema. Vor allem, ich habe da, glaube ich, ein bisschen mehr zu sagen, ich halte nämlich alles für extrem wichtig. Wir haben das sehr, sehr oft gemerkt, auch in der Zeit von Corona und und und, wie wichtig Regionalität ist und deswegen steht das außer Frage. Da muss man mitgehen. Regionalität ist ganz wichtig für alle. Auch für die Konsumenten ist uns auch ganz wichtig, trotzdem muss ich auf ein paar Sachen hinweisen.

Erstens einmal, wir wissen alle, in den letzten Jahren geht es der Gastronomie ganz schlecht. Im Prinzip, auch solche Anträge, die sehr sinnvoll sind, tun der Gastronomie weh. Da möchte ich nur darauf hinweisen, dass wir eben schauen müssen, dass wir das dementsprechend auch fördern, wenn wir solche Sachen auf den Weg bringen.

Die zweite Geschichte ist, was ich für viel, viel wichtiger halte, nämlich dass wir darauf schauen, dass wir den Großhandel auch mitnehmen, dass wir den Großhandel motivieren, nämlich mit regionalen Produkten zu arbeiten, weil wir damit das auch für die Wirte erleichtern.

Das Nächste, was mir auch ganz wichtig ist, nämlich dorthin zu schauen, kleine Wirte tun sich sehr schwer. Der Stadtrat Riegler hat es erwähnt, und das stimmt tatsächlich. Viele von denen sind sogar überfordert mit der Kennzeichnung der Allergene. Die müssen Schulungen machen und, und. Diese ganze Bürokratie ist für Selbstständige nicht jeden Tag einfach. Jetzt kommt noch was dazu und noch was dazu. Irgendwie müssen wir schon sinnvolle Sachen einführen. Ich bin auch dafür, ich werde natürlich auch der Dringlichkeit zustimmen. Es ist nur mir ganz wichtig, dass wir da mitschauen und das mitbegleiten, weil das nämlich ganz wichtig ist und ich glaube das soll auch unsere Aufgabe sein, dass wir das dann nachher dementsprechend mitbegleiten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Möchtest du noch? Wer ist für die Dringlichkeit? Die ist eindeutig gegeben. Dann kommen wir zum Inhalt selbst.

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es ist eindeutig gewesen. Alles klar, gerne. Gegenprobe. Passt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, FPÖ, Eustacchio).***

Frau Gemeinderätin Potzinger, bitte zum Inhalt.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns zuhören, lieber Antragsteller. Wir haben uns schon immer wieder hier unterhalten über die Wichtigkeit der Regionalität und der Saisonalität und der Förderung der heimischen Landwirtschaft. Selbstverständlich ist es begrüßenswert, wenn die Gastronomie auch ausweist, wo die Dinge herkommen. Aber man muss, glaube ich, da ein bisschen differenzieren. Was ist mit der Schnitzsemmel am Fußballplatz? Da wird wahrscheinlich kein Taferl dabei sein, wo das Schnitzel her ist. Wenn Menschen ganz bewusst darauf schauen, wo die Dinge herkommen und darauf Wert legen, dass das biologische Produkte sind, die aus der Umgebung kommen, dann brauchen sie aber auch das nötige Kleingeld. Da müssen wir ganz ehrlich sein.

Ein bekanntes Lokal in Dobl, ich nenne den Namen nicht, Chianina-Rind, wunderbar aus Dobl. Die Bio-Fischlein kommen aus Mariazell, die Schokolade kommt vom Zotter.

Wunderbar, aber wenn die Frittatensuppe 8 € kostet, wird sich das nicht jede Familie leisten können. Wichtig ist uns, wenn wir unsere heimische Landwirtschaft fördern wollen, dass wir immer wieder appellieren, dass die Konsumentinnen und Konsumenten beim Einkauf prioritär zu den Direktvermarktern gehen, auf unsere Bauernmärkte gehen, zu den Hofläden bei den Bauern in Graz-Umgebung, wo dann kein Zwischenhandel ist, wo der Erlös 100-prozentig beim Bauern bleiben.

Ich hole mein Rindfleisch seit Jahren nur von einem Bio-Bauern auf der Laßnitzhöhe. Ich kenne das Viech beim Namen, weil ich es immer sehe, wenn ich dort meine Bio-Eier hole. Egal, aber wenn ich selber koche, kann ich hochwertige Produkte einkaufen und für die Familie kochen. Deswegen wirklich auch dieser Appell: Reden wir nicht nur über die Gastronomie, sondern schaffen wir auch Anreize. Warum forcieren wir nicht auch Kochkurse? Das kommt immer wieder. Jetzt habe ich viele Gespräche natürlich auch im Wahlkampf, dass Leute sagen, man braucht mehr Kochkurse, damit die Leute auch lernen, aus den heimischen Produkten Gutes zu produzieren.

Ein Letztes: Es geht, glaube ich, nicht nur um das Fleisch, es geht auch um das Obst und Gemüse. Ein Lieblingsstichwort von mir ist die Avocado, die aus Peru kommt, wo ich für die Produktion zehnmal so viel Wasser brauche wie für die Tomaten. Dann noch der weite Transport. Der WWF hat aufgelistet, was alles negativ ist am ökologischen Fußabdruck der Avocado. Also bitte auch Obst und Gemüse heimisch, regional kaufen. Wir bitten jetzt einmal um getrennte Abstimmung, weil, wie der Herr Stadtrat schon gesagt hat, dem zweiten Punkt können wir zustimmen, aber dem ersten Punkt, wirklich dieser Zwang für die Gastronomie. Danke, lieber Vorredner, dass du das auch erwähnt hast, dass es den Wirten nicht so gut geht. Wenn wir jetzt allen das aufzwingen, dann tragen wir noch etwas bei zum Wirtesterben, was wir auch nicht wollen.

Aber wirklich fördern wir auch als familienfreundliche Stadt das gesunde Essen für die Familien und vor allem auch den Kauf direkt bei den Bauern auf den Bauernmärkten. Danke, Herr Stadtrat Hohensinner, du kümmerst dich unglaublich um unsere Bauern, die sich wohlfühlen, die gerne hereinkommen und auch die nächste Generation, die



jungen Bauern, gerne nach Graz hereinkommen und uns mit ihren naturnah produzierten saisonalen Produkten das Leben erleichtern. Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Danke. Herr Gemeinderat Ram.

**Gemeinderat Ram:**

Ich glaube, es ist schon sehr viel richtig gesagt worden und ich glaube, es ist auch sehr viel Bewusstsein da für dieses Thema. Sicher, natürlich die Bürokratie und den Unternehmern geht es nicht gut. Kleine Unternehmer, die tun sich natürlich schwer, solche Dinge dann auch noch umzusetzen und das alles noch zusätzlich zu betrachten. Ich wollte einfach nur noch einen Aspekt da miteinbringen und das darf man bitte nicht vergessen. Wenn es diese Kennzeichnung nicht gibt, dann erzeugt es einen Druck auf alle, die eben auf diese zusätzlichen, auf diese guten regionalen Produkte setzen, weil die anderen das eben nicht ausweisen müssen. Sind wir uns ehrlich, wenn es nicht dasteht, dann muss man nicht darüber nachdenken und dann kauft man halt dieses Fleisch um € 3,00 und man sieht es halt nicht. Ich glaube, das ist so der wichtige Aspekt an dem Ganzen, dass diese Transparenz dazu führt, dass man wirklich sieht, was drinnen ist in unserem Essen. Alle diese Aspekte sind vollkommen richtig. Also geht es jetzt um das Einkaufen bei Märkten, Biolebensmitteln und natürlich ist die Gastro nur ein Bereich davon, aber ein ganz wichtiger Bereich. Die Auseinandersetzung auch der Wirte mit den Lebensmitteln, die sie verarbeiten, und dieses Bewusstsein, dass es sehr wichtig ist, was hier verarbeitet wird, bis hin zum Tierwohl und der artgerechten Tierhaltung, ist, glaube ich, für die zukünftige Qualität unserer Lebensmittel und unserer Lebensart absolut ausschlaggebend.

Insofern, ich glaube, was die Bürokratie betrifft, da kann man unterstützen. Da kann man wahrscheinlich Lösungen finden in Diskussionen, die eben nicht dazu führen, dass jetzt der Unternehmer jeden Tag sich eine halbe Stunde mit dem beschäftigen muss.

Ich glaube, dass solche Sachen möglich sein werden, aber dass es zur größeren Transparenz kommt im Bereich der Lebensmittelherkunft in der Gastronomie, ich glaube, das ist unbedingt notwendig. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Herrn Christian Kozina-Voit bitten.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Die Frage war zuerst wegen der Dringlichkeit. Das Thema kann man natürlich auch sagen, es ist nie dringlich, aber irgendwann wäre es wahrscheinlich gescheit, etwas zu machen. Das wird seit vielen Jahren ja tatsächlich gefordert, auch von Teilen der ÖVP, speziell von den Bauernverbänden, die das wirklich sehr regelmäßig auch einfordern. Auch bei dieser Veranstaltung vom Welthaus waren einige dabei, die das sehr unterstützt haben.

Es war die Rede von den Hofläden, von Supermärkten. Ja eh, also, dass man dort einkauft, natürlich, da kann man direkt die Bauern und Bäuerinnen unterstützen, aber da habe ich natürlich dann die Transparenz auch dadurch. Beim Gasthaus habe ich es eben nicht und genau darum geht es. Wenn wir von einer Marktwirtschaft reden, und ich glaube, das ist ja der Sinn, dass das in einem marktwirtschaftlichen System gut funktioniert, dann brauche ich als Konsument, als Konsumentin auch eine Klarheit. Ansonsten kann Marktwirtschaft nicht richtig funktionieren. Das ist ein ganz fundamentaler Teil einer Marktwirtschaft.

Dementsprechend auch, Herr Stadtrat, wenn Sie die nächsten zehn Mal dann Mittagessen gehen...Sie sind am Telefon, ok, aber man kann ja einmal fragen. Wenn man die nächsten zehn Mal Mittagessen geht, vielleicht fragt jeder einfach einmal nach, wo das Fleisch herkommt, und schaut einmal, wie viele Antworten man dann tatsächlich bekommt. Oder wenn man kein Fleisch isst, dann gerne auch bei den

anderen Produkten, weil dort ist es auch wichtig. Aber es ist gerade beim Fleisch insofern schon wichtig. Es ist auch das Schnitzelsemmel angesprochen worden. Und wenn im Stadion dann steht, woher das Fleisch von der Schnitzelsemmel kommt oder woher das Würstel kommt, dann überlegt sich vielleicht der eine oder andere doch, ob er dann gerade die Schnitzelsemmel dort essen muss. Insgesamt würde es uns ja jetzt nicht schaden, als Gesellschaft, wenn wir weniger Fleisch essen würden, weniger tierische Produkte. Das wäre auch im Sinne des Klimaschutzes ganz wichtig.

Es ist auch mit dem Preis, das Preisargument, das dann oft kommt. Es darf ja weiterhin billiges Essen geben, es darf weiterhin auch ein billiger Schnitzel geben, aber da steht dann halt auch, wo das herkommt. Dann hat man das Preis-Leistungs-Verhältnis, und das ist ja jetzt nicht verboten, das dann zu essen. Also es ist einfach weiterhin alles möglich. Man soll nur den Konsumenten und Konsumentinnen nicht vorgaukeln, so wie das heute leider ist, dass das jetzt etwas Hochwertiges ist. Wir haben da schon von verschiedenen Gütesiegeln gehört, dass das etwas Hochwertiges ist, und in Wahrheit ist das aber aus einer Massentierhaltung und eben dementsprechend nicht sehr hochwertig.

Zum Schluss natürlich noch der Punkt mit der Bürokratie, weil der immer kommt. Ich glaube, da gibt es Lösungen. Ich glaube, wenn man da in Kooperation mit der Gastronomie die Dinge erarbeitet, dann gibt es da Wege, die man gehen kann. Es ist, glaube ich, auch bei einer Großküche nicht so schlecht gelungen bei der Kantine, und ich glaube, da geht es einfach darum, jetzt einen Weg zu finden. Vielleicht schaffen wir das wirklich in Graz, da auch ein gewisses Pilotprojekt mit Freiwilligen betrieben einmal auf die Beine zu stellen. Ich bin sicher, am Ende gibt es da eine Möglichkeit, da gibt es einen gemeinsamen Weg. Ich bedanke mich jetzt schon für die relativ breite, beziehungsweise für den zweiten Punkt für die sehr breite Zustimmung. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag?

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Stimmt. Also, für den Punkt 1 im Antrag, wer ist dafür? Gegenprobe. Der Tagesordnungspunkt 1 in Antrag ist angenommen und der zweite Punkt, wer ist dafür? Gegenprobe. Der ist einstimmig angenommen.

***Punkt 1 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

***Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

Nächster Dringlicher Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini. Hier geht es um die Gaswerkstraße und ihre Zukunft.

## **7.6 Fahrradstraße Gaswerkstraße (KO GR Pascuttini, KFG)**

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, die Frau Bürgermeisterin hat schon richtig angeteasert, es geht um die Gaswerkstraße und um die Zukunft eben dieser. Wie Sie alle wissen, man hatte dort so einiges vor, ob es ein Umbau ist oder eine Neugestaltung. Da lässt sich dann natürlich trefflich streiten. Was ich in den letzten Wochen mitbekommen habe, ist, dass die Anrainer dort nicht sonderlich zufrieden mit der jetzigen Situation sind, beziehungsweise die Ängste und Sorgen groß sind, dass sich da etwas massiv zum Nachteil verändert.

Ich habe Ihnen etwas mitgebracht, deswegen muss ich kurz auf mein Mobiltelefon schauen. Einige Eindrücke, die Bewohner haben, weil es hat ja dort auch eine Informationsversammlung gegeben, schon im Juli. Da gibt es einige Zuschriften, die ich erhalten habe, wie man das bewertet. Ich darf Ihnen vorlesen: „Ich war auch bei der Infoveranstaltung am 11.07.2024 dabei und hatte den Eindruck, dass mindestens 95 Prozent der Anrainer gegen diese Fahrradstraße sind. Bei den Gesprächen auch übrigens zwischen den Zeilen gehört, dass die wenigsten etwas gegen eine 30er-Beschränkung hätten. Auch dadurch würde eine erhebliche Verkehrsberuhigung erreicht werden. Warum aber diese überschießenden Maßnahmen?“

Wenn man sich dann weiter durch die Mails kämpft, dann schreibt der eine oder andere, dass er sich an die Stadtplaner gewandt hat, dass er versucht hat, etwas zum Besseren zu bewegen oder zumindest den zukünftigen Status quo abzufragen. Wenn man sagt, ok, wie viele Parkplätze bleiben mir denn noch, weil da sind ja auch Gewerbetreibende, da sind aber auch Ärzte und die brauchen jedenfalls Parkplätze, und man kann diese Frage nicht beantworten, sondern sagt, es werden jedenfalls ausreichend Parkplätze bleiben. So, jetzt hat man dann im Sommer lesen müssen, am 24. Juli 2024 im Grazer, dass rund 80 Parkplätze wegfallen werden. Das ist jetzt schon eine sehr hohe Zahl, wo genau, das weiß man jetzt auch nicht. Das macht natürlich den Menschen dort vor Ort eine sehr große Sorge.

Die Sache ist die, man kann natürlich die Stadt umbauen, man kann natürlich die Stadt umplanen, man muss halt immer bedenken, in einer Stadt werden auch nach dem Umbau noch Menschen leben müssen, Menschen arbeiten müssen, Menschen zum Arzt gehen müssen. Und wenn es dann überhaupt keine Parkplätze mehr gibt, dann ist diese Gegend halt nicht mehr attraktiv für das Wohnen, für die Gewerbe oder eben für Arztpraxen. In diese Richtung geht unser Antrag, in diese Richtung geht diese Initiative, die von sehr vielen Menschen in der Gaswerkstraße, das kann ich Ihnen sagen, mit einer großen Neugierde verfolgt werden wird. Wir werden die Menschen natürlich dann auch darüber informieren, wie sie mit diesem Antrag umgegangen sind.

Aufgrund der vorangegangenen Zeit erspare ich Ihnen jetzt den ganzen Antragstext vorzulesen. Es gibt einen Punkt eins, es gibt einen Punkt zwei. Sie haben sich sicherlich

in Ihren Klubs ausführlich damit auseinandergesetzt. Ich glaube ja, es gibt einen Abänderungsantrag. Also die Dringlichkeit geht durch. Herzlichen Dank, dass Sie das Thema von Seiten der Koalition zumindest als dringlich erachten. Das ist schon etwas wert. Aber bitte nicht nur den Menschen sagen, es ist eh dringlich, aber wir arbeiten nicht in eurem Sinne oder es gibt eine Informationsveranstaltung, aber was ihr dort sagt, ist uns im Endeffekt auch wurscht. Das kommt dann halt bei den Menschen nicht so positiv an, zumindest mit den Menschen, mit denen ich spreche.

In diesem Sinne bitte ich Sie, Punkt eins, Punkt zwei zuzustimmen. Vielleicht bringen Sie Ihren Abänderungsantrag ja nicht ein und wir bringen da etwas Gutes gemeinsam auf den Weg. Herzlichen Dank.

***Originaltext des Antrages:***

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*(1) Im Rahmen einer transparenten und ehrlichen Politik, für die die Einbindung der betroffenen Anrainer höchste Priorität hat, ist eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Planungsentwurf vs. Finaler Umsetzungsplan in Form eines Berichtes inklusive Erklärungen zu Änderungen des Projektes „Fahrradstraße Gaswerkstraße“ betreffend, dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Dezember 2024 vorzulegen. Dabei soll auch dargelegt werden, inwieweit Bedenken/Einwendungen/Anregungen der betroffenen Bürger (in welcher Form auch immer diese den Verantwortlichen zur Kenntnis gebracht wurden) wie in der Informationsbroschüre angekündigt in das Projekt eingearbeitet wurden.*

*(2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit § 47 - Ermittlungsverfahren und Bescheid des Steiermärkisches Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 - LStVG. 1964 eingehalten wurde und sind die Bauarbeiten im Fall als die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht eingehalten wurden, zu stoppen. Unzweifelhaft handelt es sich bei den gegenwärtigen Maßnahmen um einen UMBAU der Straße:*

*§ 47 Abs 1. Vor Neuanlage, Verlegung oder Umbau der im § 7 Abs. 1 Z 1 bis 4 genannten Straßen hat die im Abs. 3 genannte Behörde den beabsichtigten Straßenbau in den in Betracht kommenden Gemeinden kundzumachen. Überdies sind hievon die bekannten Anrainer und sonstigen Beteiligten durch besondere Mitteilung zu verständigen. In diesen Verständigungen ist auch zugleich eine mündliche Verhandlung auf einen Zeitpunkt binnen zwei bis vier Wochen anzuberaumen. Von der Anberaumung der Verhandlung ist auch die Militärbehörde zu verständigen. Kommen auch Grundstücke in Betracht, die Zwecken des öffentlichen Eisenbahn- oder Luftverkehrs dienen, so ist auch die Eisenbahn- oder Luftfahrtbehörde zu benachrichtigen. Die Beteiligten sind aufzufordern, die zum Nachweis ihrer Vertretungsbefugnis nötigen Vollmachten und sonst zur Begründung ihrer Ansprüche nötigen Urkunden, Pläne u. dgl. bei der mündlichen Verhandlung vorzuweisen. § 47 Abs 1 Steiermärkisches Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Her Gemeinderat Huber.

*Zwischenruf:*

Der Kollege Kozina-Voit war vorher.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Einfach kommen. Ich habe dich nicht gesehen, weil jemand davorgestanden ist. Das heißt, danach kommt Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, lieber Antragsteller, danke für den Antrag. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema und knüpft an meine Frage von letztem Mal, an die Frau Vizebürgermeisterin, an bezüglich eines Kriterienkataloges für Fahrradstraßen. Ich glaube einfach, dass man bei dem Thema viel mehr in den Dialog mit der Bevölkerung kommen muss, um hier mehr Akzeptanz zu schaffen. Ich glaube, dass das jetzt wirklich ein gutes Beispiel ist, wie es nicht geht, weil keiner weiß so richtig, was passiert, wie viele Parkplätze bleiben, wie viele kommen weg. Ich glaube, da hat die Stadt Graz und vor allem die Frau Stadträtin wirklich ein bisschen einen Nachholbedarf und ich bitte Sie sehr, diesen Kriterienkatalog endlich online zugänglich zu machen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Die Frau Vizebürgermeisterin möchte nur ad hoc hier eine Berichtigung geben.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ja, das haben wir natürlich ernst genommen. Wie erwähnt, in der letzten Gemeinderatssitzung gibt und gab es einen Kriterienkatalog, der ist aber mittlerweile online einsichtig.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ein wichtiger Hinweis und Herr Gemeinderat Kozina-Voit, bitte.



Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ich habe mir das jetzt noch einmal angeschaut, wie das bei der Gaswerkstraße insgesamt abgelaufen ist. Wir haben da auch noch einmal nachgefragt bei der Verkehrsplanung. Ganz grundsätzlich ist das ja beschlossen worden im Jahr 2022 im Gemeinderat, dass das umgesetzt werden soll. Es gab dann einen schriftlichen oder einen mündlichen Informationsbericht im Ausschuss diesen Sommer, wo dann noch einmal dargelegt wurde für alle, wie dieser Umbau der Gaswerkstraße vonstattengehen soll. Das war die interne Information. In Richtung der Bürger:innen gab es einen Informationsfolder, den kann man online auch selber finden, aus dem ist ja, glaube ich, auch zitiert hier, es gab entsprechende Pressearbeit dazu, es gab diese Informationsveranstaltung dazu und es gab natürlich viele Rückmeldungen an das Büro der Frau Vizebürgermeisterin, an die Verkehrsplaner, zum Teil auch an uns im Gemeinderatsklub. Diese Anregungen wurden eingearbeitet und jetzt gibt es eben einen fertigen Plan. Jetzt ist ja die Zeit, wo das Ganze umgesetzt werden soll. Es ist auch da zum Beispiel das Parkplatzthema aufgegriffen worden. Es wird bei solchen Projekten ja immer erhoben, wie schaut es aus mit der Auslastung der Parkplätze. Wenn dann Parkplätze wegfallen, ist immer die Frage, wie schaut es danach aus. Deswegen kommt diese Aussage auch zustande, dass genügend Parkplätze dort sind, weil die Parkplätze, die wegfallen, die sind jetzt nicht kritisch in dem Sinne, weil einfach genügend Parkplätze in dem Gebiet vorhanden sind. Es ist dann trotzdem natürlich die Frage, wie das weitergeht mit der Transparenz. Wir haben dann intern gesagt, ok, es gibt dann einen Endbericht, der soll im Ausschuss auch vorgelegt werden. Auch da volle Transparenz dann noch einmal, was die Information der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen betrifft. Dementsprechend ist jetzt aber keine Dringlichkeit gegeben für diesen Antrag, weil diese Punkte eben alle im Laufen sind.

Ich möchte vielleicht einmal diese Story, die immer wieder wiederholt wird, ansprechen. Man kann natürlich bei jedem Verkehrsprojekt Menschen finden, die dagegen sind, und da gibt es auch immer wieder viele. Und dann kann man versuchen, möglichst nah an einen Konsens zu kommen. Das wird man nie schaffen, selbst mit

sehr großem Aufwand. Das haben wir in anderen Straßen wie in der Zinzendorfgasse auch gesehen. Letzten Endes, wenn man es allen recht machen wollte, dann wird man gar nichts mehr umsetzen. Ist jetzt, glaube ich, auch nicht im Sinne der Stadt. Wir wollen da etwas weiterbringen, wir wollen da etwas bewegen. Wir versuchen da bestmöglich und nächstmöglich an einen Konsens zu kommen und ich glaube, dass wir da mit dem Projekt in der Gaswegstraße auch sehr gut unterwegs sind.

Am Ende wird sich auch zeigen, ob das Ganze dann vor Ort so funktioniert, wie man sich das vorstellt und gewisse Dinge kann man ja immer noch nachbessern. Auch das haben wir schon gesehen bei vergangenen Projekten. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat Zirngast, bitte.

Gemeinderat **Zirngast**:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, sage ich gleich vorweg. Aber grundsätzlich ist es natürlich richtig, dass wir darauf achten müssen, dass die ausreichende Information der Bürgerinnen und Bürger bei jedem dieser Projekte gegeben ist.

Ich möchte aber einen, glaube ich, unverdächtigen Zeugen zitieren aus der Veranstaltung vom Forum „Mehr Zeit für Graz“. Hat der ehemalige Bezirksvorsteher, mittlerweile Bezirksvorsteher-Stellvertreter des Jakomini, Klaus Strobl, gesagt, unverdächtig zumindest, wenn es aus meinem Mund kommt, dass in Sachen Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation in den letzten Jahren vieles weitergegangen ist. Das heißt nicht, dass es immer perfekt abläuft, das heißt nicht, dass es kein Verbesserungspotenzial gibt. Ich habe auch persönlich schon mit der Verkehrsplanung gesprochen, dass wir sozusagen auch einmal im Ausschuss einen Bericht darüber bekommen werden, was der Stand der Radoffensive insgesamt ist. Das ist, glaube ich,

sowieso eine gute Sache für uns alle, weil die Radoffensive ja Großteils auch einstimmig war, aber zumindest mit großer Zustimmung und auch von Land und Stadt gemeinsam ins Laufen gebracht wurde.

Da gibt es noch die vielen Einzelprojekte, wo dann die Frage ist, wie werden die genau umgesetzt und, dass wir uns da einfach einen Bericht über den Zwischenstand der einzelnen Initiativen holen, ist sehr begrüßenswert.

Ich glaube, wir können grundsätzlich den Auftrag mitnehmen, dass es immer noch etwas zu verbessern und zu tun gibt, was Bürger:innenbeteiligung und Information betrifft. Aber in dem Fall sehen wir die Dringlichkeit auch nicht gegeben. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Dann darf ich Herrn Klubobmann Pascuttini bitten.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ganz ein kurzes Schlusswort: Da bin ich einer Fehlinformation aufgesessen, Sie stimmen auch der Dringlichkeit nicht zu, was ich sehr, sehr schade finde. Im Endeffekt müssen Sie das für sich einschätzen, was da das Vernünftigste ist. Ich denke, dass die Bürgerbeteiligung nicht endet, wenn die Bürgerinformationsveranstaltung vorbei ist.

Also danach bleiben meistens Fragen, bleiben auch, wie ich sage, Vorbehalte über.

Jetzt bin ich natürlich gespannt, wann wir diesen Bericht dann bekommen werden und was dann schlussendlich darin enthalten sein wird. Schlussendlich wird dann eh was diese Betroffenen betrifft, die sich dann halt bei der nächsten Gemeinderatswahl für oder gegen dieses Projekt natürlich dann entscheiden, dann auch zu wählen wissen.

In diesem Sinne schade, dass die Dringlichkeit nicht durchgehen wird, aber wir konnten zumindest über dieses Thema sprechen. Herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist somit nicht gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).***

Nächster Tagesordnungspunkt ist noch einmal der Herr Klubobmann Pascuttini.

*Zwischenruf*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ah, weil Pascuttini oben steht. Passt, Herr Gemeinderat Winter.

### **7.7 Verpflichtung der Stadt Graz bei Missbrauch von Steuergeld (GR Winter, KFG)**

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, Kollege Pascuttini, war ohnehin eh schon vielfach zu diesem Thema am Wort und hat da sehr, sehr gute Ausführungen geliefert. Ich verschone Sie mit einer epischen Breite der Darstellung hinsichtlich dem ganzen Finanzskandal, der rund um die FPÖ Graz und potentieller Weise dem Kollegen Eustacchio im Raum steht und halte diesbezüglich fest, dass natürlich die Stadt Graz unabhängig von diesem Finanzskandal in vielerlei Hinsicht eine auszahlende Stelle ist, sei es Klubförderungen, sei es teilweise Parteiförderungen, sei es Verfügungsmittel. Im gleichen Atemzug besteht natürlich auch für die Stadt Graz eine Pflicht, wenn potenzieller Weise im Raum steht, dass Verfügungsmittel, das Gelder, die Stadt Graz auszahlt, auch möglicherweise zweckwidrig verwendet worden sind. Dass hier potenzieller Weise, möglicherweise, in irgendeiner Form diese Mittel nicht sinngemäß

eingesetzt worden sind, hier auch die Pflicht besteht rechtlich nachzuhaken und dementsprechend auch Schadenswiedergutmachung in jeder Hinsicht einzufordern. Daher auch der vorliegende

**Dringliche Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, einen Bericht über die bisher getätigten Maßnahmen wie Beauftragung von Anwälten, Eingaben und dergleichen bei aktuell laufenden Verfahren im Rahmen rund um den Finanzskandal, inklusive der Nebenverfahren, die die Stadt Graz unmittelbar betreffen, dem Gemeinderat und oder dem Verfassungsausschuss bis längstens Ende Jänner 2025 vorzulegen.

Ich glaube, das ist ein notwendiger Schritt, den wir auch gehen müssen, den die Stadt Graz gehen muss, und ich hoffe auf eine breite Zustimmung.

***Originaltext des Antrages:***

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert einen Bericht über die bisher getätigten Maßnahmen wie Beauftragung von Anwälten, Eingaben und dergleichen bei aktuell laufenden Verfahren im Rahmen rund um den Finanzskandal (inkl. neben Verfahren, die die Stadt Graz unmittelbar betreffen) dem Gemeinderat und oder dem Verfassungsausschuss bis längstens Ende Jänner 2025 vorzulegen.*

***Vorsitzwechsel – Bgm<sup>in</sup>-StV.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.14 Uhr)***

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Möchten Sie noch ein Wort? Dann stimmen wir ab über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages. Das ist einstimmig. Gegenprobe, der Dringliche Antrag ist angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Dann kommen wir zum Inhalt des Antrages. Gibt es da Wortmeldungen? Bitte.

Klubobmann **Dreiebnner**:

Herr Antragsteller, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream, auf der Galerie, ich danke erstens mal dem Klub KFG, dass wir da noch in Sachen der Zuständigkeit des Ausschusses, der adressiert werden soll, eine gute Abänderung aus meiner Sicht finden konnten. Es ist der Verfassungsausschuss, glaube ich, eine sehr gute Adresse und ein sehr gutes Gremium, das abzuhandeln, beziehungsweise auch das für uns, die wir ja zumeist Non-Juristinnen und Non-Juristen sind, auch gut darlegen zu können, was die Stadt wann, aus welchen Gründen, in einem, ich sage es jetzt bezüglich dieser Unschuldsvermutung, die im Antragsmotiventext so nicht drinsteht, aber in einem möglichen Fall von Schaden, den die Stadt Graz erlitten hat, zu tun ist. Ich denke, das ist etwas, was uns alle natürlich hoch interessiert, vielleicht nicht so sehr interessiert, wie den Kollegen Pascuttini, haben wir heute Vormittag schon gehört, aber was angegangen und dementsprechend transparent gemacht werden sollte. In diesem Sinne danke ich, dass wir diesen Antrag hier behandeln dürfen, wir stimmen zu. Danke.

**Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (19.17 Uhr)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, auch keine Wortmeldungen. Doch, der Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Jetzt muss ich doch noch etwas sagen. Nur ganz kurz, danke für die sich abzeichnende Zustimmung. Es geht ja auch nicht immer nur, sage ich, um strafrechtliche Folgen, um strafrechtliche Konsequenzen. Parallel zum Strafrecht existiert ja auch das Zivilrecht. Und selbst wenn jetzt eine Förderung strafrechtlich sozusagen nicht belastend genug verwendet wurde, ist es ja trotzdem vielleicht im Sinne der Stadt, dass man zivilrechtlich etwas zurückfordert. Also das ist ja auch die Konsequenz, die daneben besteht.

Aber ich kann Ihnen sagen, wir haben ja nicht nur die ganzen strafrechtlichen Dinge auf Schiene gebracht, sondern wir führen ja auch einige Zivilverfahren. Also ich sage, von mir oder von meinem Klub wird niemand sagen können, dass wir nicht jedes Mittel ausgeschöpft haben, strafrechtlich, zivilrechtlich, um Schäden, die uns entstanden sein könnten oder auch vielleicht der Stadt entstanden sein könnten, zurückzufordern. Und das ist natürlich auch etwas, was die Stadt möglicherweise tun müsste. Also bitte denken Sie nicht nur an das Strafrecht, an die Unschuldsvermutung, sondern auch an das Zivilrecht. Da ist auch die Forderung möglicherweise zurückzufordern. Und deswegen wäre es sicher gut, wenn wir einmal im Verfassungsausschuss darüber diskutieren. Ich hätte es gerne im Kontrollausschuss gesehen beim Kollegen Pointner, da wäre das Ganze sehr gut aufgehoben gewesen. Jetzt liegt es dann im Verfassungsausschuss. Soll mir auch recht sein, danke für die Zustimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer ist dafür? Gegenprobe. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus.

#### **7.8 Misswirtschaft in der KFA lückenlos aufklären! (GR<sup>in</sup> Reininghaus, NEOS)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe da auch noch ein leckeres Thema für Sie, und zwar die Fortsetzung leckerer Themen heute. Es geht um die KFA, also die Krankenfürsorgeanstalt, eine Einrichtung der Stadt Graz ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Wie Sie wissen, die nach § 37 der Dienst- und Gehaltsordnung der Landeshauptstadt Graz 1956, die Krankenfürsorge für etwa 10.000 Grazer Beamtinnen und Beamte sichern soll. Wie Sie auch wissen, hat ja der Stadtrechnungshof kürzlich, Klaus Fröhlich, den bis vor kurzem Leiter der Krankenfürsorgeanstalt stark kritisiert und ihm grobes Managementversagen attestiert.

Ich darf Sie vielleicht erinnern, noch im Sommer dieses Jahres wurden zwei Unternehmensberatungen mit der Prüfung beauftragt, ob die Krisen der KFA aufzulösen und in einen gesetzlichen Sozialversicherungsträger zu überführen wäre oder ob sie weiterhin Bestand haben soll. Bei der Präsentation im Juli dieses Jahres wurden folgende Herausforderungen genannt, die die KFA rasch umzusetzen hätte. Ich möchte hier nur ein paar Beispiele nennen: Die gesamte Ablauf- und



Aufbauorganisation der KFA müsste auf neue Beine gestellt werden.

Beitragsmeldungen bräuchten Korrekturen für die Meldung an Valida und an die Pensionskasse. Da die Hälfte der Mitarbeiter bis 2030 in den Ruhestand wechselt, werden wichtige Posten nachzubesetzen beziehungsweise die Nachbesetzung rechtzeitig zu planen. Die mangelnde Kundenzufriedenheit durch mangelnde Transparenz müsste schnellstens beseitigt werden. Die veraltete Software-Lösung oder die veralteten Software-Lösungen wären durch neue Tools zu ersetzen. Die belastenden Arbeitsbedingungen durch die fehlerhafte Software in Verbindung mit dem steigenden Druck durch die Kund:innen wären ebenfalls zu meistern. Soweit zum Managementversagen, das der Stadtrechnungshof konstatierte. Der Stadtrechnungshof hat aber auch festgestellt, dass Frau Frölichs im Jahr 2014 ein Kuraufenthalt von der KFA finanziert wurde, obwohl sie keinen Anspruch auf eine Leistung der KFA hatte.

Ich finde, das sind erschütternde Berichte oder ein erschütternder Bericht des Stadtrechnungshofes über die Misswirtschaft in der KFA und das zeigt wieder einmal, wie begründet unsere Forderung nach Transparenz im öffentlichen Bereich ist. Das ist eine Forderung, die wir permanent stellen. Auch heute haben wir sie gestellt. Transparenz ist der einzige Weg, um sicherzustellen, dass die Interessen der Grazer Steuerzahler:innen gewahrt bleiben und das ist so.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Frau Gemeinderätin, was wichtig ist für den öffentlichen Teil, und Sie haben Sachen zitiert die eigentlich in den nichtöffentlichen Teil gehören. Das ist nicht erlaubt, wollte ich nur sagen.

**Gemeinderätin Reininghaus:**

Aha, Entschuldigung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das ist nicht unwichtig, und bitte beachten Sie das.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Darf ich fortfahren?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Selbstverständlich, aber immer auf das achten.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Zweckentfremdete Gelder sowie unangemessene Spesenabrechnungen müssen endlich ausgedient haben und ich fordere, dass die Causa KFA umfassend und transparent aufgeklärt wird, auch öffentlich. So eine KFA braucht Graz nicht. Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat beauftragt die Bürgermeisterin, die interne Revision anzuweisen, umfassend zu prüfen, ob der Stadt Graz durch die Misswirtschaft und die festgestellten Verfehlungen in der Krankenfürsorgeanstalt ein finanzieller Schaden entstanden ist. Die Ergebnisse der Überprüfung sind dem Gemeinderat unmittelbar nach Abschluss der Prüfung vollständig vorzulegen.

Ich denke, Sie werden zustimmen. Danke.

***Originaltext des Antrages:***

*Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Der Grazer Gemeinderat beauftragt die Bürgermeisterin, die interne Revision anzuweisen, umfassend zu prüfen, ob der Stadt Graz durch die Misswirtschaft und die festgestellten Verfehlungen in der Krankenfürsorgeanstalt (KFA) ein finanzieller Schaden entstanden ist. Die Ergebnisse der Überprüfung sind dem Gemeinderat unmittelbar nach Abschluss der Prüfung vollständig vorzulegen.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Herr Gemeinderat Ammerer, bitte.

Gemeinderat **Ammerer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung, Frau Bürgermeisterin, liebe Antragstellerin, liebe Sabine, die Vorgänge in der KFA werden auf jeden Fall aufgeklärt, das ist auch bereits im Gange. Etwaige Neuausrichtungen sind Gegenstand von laufenden Prozessen, wo alle Parteien eingebunden sind und wir regelmäßig informieren. Und ich muss feststellen, dass du in deiner Rede zum Antrag eigentlich relativ ein bisschen andere Dinge beleuchtet hast, als der tatsächliche Antragstext nämlich fordert. Die etwaigen Neuausrichtungen, die werden jetzt gerade in einem Prozess erarbeitet. Du bist herzlich eingeladen, dich da einzubringen. Ich stehe auch gerne zur Verfügung, da jede Frage zu beantworten, so ich kann und zu mutmaßlichen Malversationen kann man nur sagen, die sind bereits untersucht worden. Natürlich ist sich das angeschaut worden. Wir können deshalb der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil das schon passiert ist. Über die Ergebnisse kann ich dich gerne in einem Gespräch unterrichten, aber ich werde und kann nicht in einer Rede hier jetzt personenbezogene Dinge öffentlich breitreden. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Frau Gemeinderätin zum Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit nicht gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, NEOS, FPÖ).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Pointner.

### **7.9 Mehr Transparenz durch Ausschuss-Übertragungen (Livestreams) (GR Pointner, NEOS)**

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, wertetes Publikum, in den Livestreams oder im Saal, so schließt sich ein Kreis. Mit Transparenz hat es begonnen mit Transparenz hört es auf. Transparenz bietet Sicherheit und die Kollegin Reininghaus hat das Beispiel KFA erwähnt. Es schwirren viele Informationen herum, von wo auch immer, und gute Information kann Sicherheit bieten. Wichtig ist transparente Kontrolle. Der Kontrollausschuss wird sich statutengemäß mit dem KFA-Bericht beschäftigen und es sind sehr viele Grazerinnen und Grazer betroffen. Also ist das Interesse an der Aufklärungsarbeit in dieser Sache, die so viele Menschen betrifft, sehr groß.

Eine Live-Übertragung einer Sitzung eines solchen Ausschusses kann wiederum Sicherheit vermitteln, Information bieten, und so sollten meiner Meinung nach alle Ausschusssitzungen live übertragen werden, natürlich unter voller Wahrnehmung, wie Sie gerade festgestellt haben, Frau Bürgermeisterin, und das ist einzuhalten, von

Persönlichkeitsrechten, von schutzwürdigen Interessen, die sind striktest zu beachten. Die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen via Livestreams zu gewährleisten, war bereits Bestandteil des Grazer Transparenzpaketes, hat aber in den Vorberatungen im Kontrollausschuss keine Mehrheit zur Umsetzung gefunden. Allerdings gibt es durchaus ein Vorbild in Österreich, nämlich den Salzburger Landtag und seine Ausschüsse. Dort gibt es diese Übertragungen und man fährt dort durchaus gut damit. Natürlich ist es, so schreibt auch der Entwurf oder die Vorlage von unseren Beratungen, bei Bedarf durch Mehrheitsbeschluss im Ausschuss weiterhin möglich, eine vertrauliche Sitzung abzuhalten und Teile von Sitzungen vertraulich zu erklären. Der Mehrwert von solchen Live-Übertragungen ist sehr groß, glaube ich, im Sinne von Transparenz, auch von Bürgerbeteiligung, und deshalb stelle ich den

**Dringlichen Antrag.**

Der Landesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, gemäß Motivenbericht des Statutes der Landeshauptstadt Graz dahingehend zu ändern, als dass die Gemeinderatsausschüsse, insbesondere der Kontrollausschuss, öffentlich abzuhalten sind und eine Live-Übertragung wie im Gemeinderat gewährleistet werden kann.

***Originaltext des Antrages:***

*Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Landesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, gemäß Motivenbericht das Statut der Landeshauptstadt Graz dahingehend zu ändern, als dass die Gemeinderatsausschüsse, insbesondere der Kontrollausschuss, öffentlich abzuhalten sind und eine Live-Übertragung wie im Gemeinderat gewährleistet werden kann.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf um Wortmeldungen zur Dringlichkeit ersuchen. Herr Gemeinderat Stücklschweiger.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und auf der Galerie. Lieber Philipp, lieber Herr Pointner, Entschuldigung, vielen Dank, dass Sie den Antrag eingebracht haben und sich dem Antrag der Kollegin Anna Hopper anschließen, den sie ja in der letzten Gemeinderatssitzung, inhaltlich nicht, aber in der Sache ident eingebracht hat, dass wir die Ausschusssitzungen mit Livestream allen zugänglich machen.

Wir finden die Idee allein schon deshalb gut, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz nicht nur inhaltlich Mehrwert bieten würden, sondern weil sie einen ganz besonderen Vorteil mit sich bringen, dass die Grazerinnen und Grazer auch mitbekommen, dass in vielen Ausschusssitzungen, und ich spreche hier ganz besonders von Wirtschaftsausschüssen aus der Vergangenheit, einfach sehr oft politische Willkür gewaltet oder politische Willkür passiert ist. Diese politische Willkür hat dann dazu geführt, dass sehr wichtige Initiativen es gar nicht in den Gemeinderat geschafft haben. So gesehen muss man eigentlich fast dafür sein, natürlich immer unter Anbetracht der Tatsache, dass nicht öffentliche Themen auch nicht öffentlich bleiben müssen.

Außerdem glaube ich, dass eine Live-Übertragung auch dazu führen würde, dass vielleicht mit ein bisschen mehr Respekt kommuniziert wird, in den Ausschusssitzungen. Vielleicht wird auch ein bisschen mehr Respekt Frauen gegenüber gebracht wird, das war in der Vergangenheit auch nicht immer der Fall. Die Vorsitzführung wird dann vielleicht auch nicht mehr ganz so überheblich in manchen Gemeinderatsausschüssen vollzogen wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Alleine aus diesem Grund muss man bei der Dringlichkeit mitgehen. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Über die Vergangenheit kann vor allem ich sprechen, und zwar sehr lange. Weitere Wortmeldungen bitte. Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Geschätzter Herr Antragsteller, lieber Philipp Pointner. Ich setze mich sehr gerne in einer Klubobleutekonferenz, in einer anderen Form, des ausführlichen Diskutierens eines Themas, das, glaube ich, nicht jetzt in ein paar Minuten und mit ein paar Wortmeldungen in Form eines Dringlichen Antrages, auch wenn der Wahltag naht, wir wissen das, wir treten ja selber an, an den Landesgesetzgeber, in Form eines Dringlichen Antrages einzubringen und somit eine Entscheidung so mehr oder weniger beinahe erzwingen zu wollen. Also das finde ich jetzt nicht die ideale Vorgangsweise. Das zum einen, ich würde dazu aber gerne weiterdiskutieren. Das ist das, was auch überbleibt und ich würde auch gerne noch ein paar Fallen, die uns in den Vorberatungen, nachdem wir den Antrag gestern um 16:00 Uhr gesehen haben, vielleicht kurz streifen. Gerade in dem erwähnten Beispiel des KFA-Ausschusses oder auch von Stadtrechnungshofberichten, ist es oft so, dass es um Tatbestände beziehungsweise Faktenlagen geht, wo es um Personen geht, wo es um Dinge geht, die die Stadt Graz aus guten Gründen nicht öffentlich in einem Livestream oder sonstig vor Publikum diskutieren sollte. Nicht umsonst gibt es zum Beispiel geschwärzte Stadtrechnungshofberichte für den öffentlichen Bereich und im Stadtrechnungshof, wo es eben keine Livestream-Zuschauer:innen etc. gibt, kann man dann auch über wirtschaftliche Parameter reden, kann man über Personen reden und dieses alles mehr. Ich glaube, wir verstehen uns in dieser Sache, lieber Philipp, und deswegen würde ich das gerne sehr ausführlich und gut diskutieren.

Es gibt sicher Ausschüsse, die dafür gar nicht geeignet sind. Wir haben nachher in der nicht öffentlichen Tagesordnung noch ein paar Beispiele, die sollten nicht öffentlich gemacht werden. Es ist möglich, darüber nachzudenken und vielleicht das eine oder

andere, und man müsste auch einen Umgang finden mit dem Ausblenden der Öffentlichkeit, wenn sich das in einem Ausschuss so ergibt, das dazu.

Das andere ist, ich finde es irgendwie mittlerweile schwierig, dem Landesgesetzgeber mit immer mehr Petitionen zu kommen, nachdem er uns die, würde ich jetzt einmal sagen, schon alten und mehrfach gestellten Petitionen, eh nicht erfüllen mag.

Vielleicht versuchen wir auch da einen anderen Weg und schlussendlich noch zum Kollegen von der ÖVP, eure Schmerzen seien euch, so lange ihr sie haben wollt, belassen, was den Wirtschaftsausschuss betrifft und alles andere, habe ich ehrlicherweise nicht verstanden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchten Sie das Schlusswort? Bitte.

Gemeinderat **Pointner**:

Da sich hier instinktmäßig schon bei der Dringlichkeit kein riesengroßer Erfolg abzeichnet, zwei Worte, Richtung Landtag: Lieber Kollege Dreisiebner, ich kann das nicht ganz so stehen lassen, weil es wird ja immerhin neu gewählt und es tritt jetzt ein neuer Landtag zusammen und da sind ja dann die Parameter auch anders. Da können ja Petitionen durchaus Sinn machen und Richtung Diskussion, das nehme ich sehr, sehr gerne auf, lieber Herr Kollege. Gerne eine Diskussion und vielen Dank dafür und eine sorgfältige Abwägung in der Sache, und darauf freue ich mich.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist eindeutig abgelehnt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).***



## Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2024

Wir sind jetzt am Ende der öffentlichen Tagesordnung. Ich möchte mich bei Ihnen auf der Galerie verabschieden, noch einen schönen Abend wünschen und allen, die noch vielleicht live dabei sind, via Livestream, bis zum nächsten Gemeinderat, den letzten, im Dezember, alles Gute und einen schönen Abend.

***Ende des öffentlichen Teils: 19.35 Uhr***